Die Parolen von 1920:

Heimat in Gefahr – dies Land bleibt deutsch!

Abstimmungsdenkmal in Allenstein mit den Namen der elf Abstimmungskreise

sowie den Wappen der elf Kreisstädte auf elf Pfeilern

Das Denkmal hat die Inschrift: Am 11. Juli 1920 stimmten 363 209 für Deutschland – 7980 für Polen! Wir bleiben deutsch!

Der Altarstein in der Mitte trägt auf seinen vier Seiten die Worte: Volk und Vaterland – Selbstbestimmung – Einigkeit und Recht und Freiheit – Heimat.

SELBST BESTIMMUNG FÜR ALLE DEUTSCHEN

1920/1980

Unser Ja zu Deutschland

Zum 60. Jahrestag der Volksabstimmung

in Ost- und Westpreußen

am 11. Juli 1920

IV L 2
Sel

Die Abstimmung vom 11. Juli 1920 auf einen Blick

	Stimmberechtigte	Abgegebene gültige Stimmen	Wahlbeteiligung	Stimmen für Deutschland
Ostpreußen	422 067	371 083	87,9 %	363 159 = **97,9 %**
Westpreußen	121 176	104 842	86,5 %	96 859 = **92,4 %**
zusammen	543 243	475 925	87,6 %	460 054 = **96,7 %**

Inhaltsverzeichnis

Seite

Sieg der Selbstbestimmung 3
Die Einzelergebnisse der Volksabstimmung am 11. 7. 1920 19
Ein Zeitdokument: Tag der Abstimmung in Lyck 20
Bericht aus Allenstein 23
Abstimmung in Treuburg / Else Huwe 25
Von Nordamerika nach Taberbrück / Wolfram Gieseler 26
Hans holt Auguste nach der Abstimmung von der Bahn / Frieda Magnus-Unzer 27
Dies Land bleibt deutsch! Aus einer Ansprache von Dr. Ottomar Schreiber im Jahre 1950 30
Ohne Recht kein Frieden / Aus der Rede von Joachim Freiherr von Braun im Jahre 1970 32
Selbstbestimmung für Deutschland / Ernst Weichbrodt 35
Rechtsverwahrung der ostpreußischen Landesvertretung vom 26. April 1980 37

Sieg der Selbstbestimmung

Die Hintergründe der Volksabstimmung

Beim Wiener Kongreß (1815) fiel Polen zu 8 % an Preußen, zu 17 % an Österreich und zu 75 % an Rußland. Doch gab man in Polen die Hoffnung nie auf, einmal die Auferstehung staatlicher Macht und Größe zu feiern. Der Krieg 1914 brachte Rußland vernichtende Niederlagen. Deutschland und Österreich ließen am 5. November 1916 das Königreich Polen neu entstehen. Polnischerseits wurde diese Geburtshilfe jedoch nicht honoriert. Allzu günstig erschienen den wortführenden Chauvinisten die Umstände, einen Jahrhunderte alten Traum nun Wirklichkeit werden zu lassen. Die anarchischen Zustände in Rußland, das Ende Österreich-Ungarns und der militärische Zusammenbruch Deutschlands ließen den Augenblick als gekommen erscheinen. Die fanatische Agitation polnischer Chauvinisten in England, Frankreich und in den USA bereiteten den Boden für einen politischen Handstreich vor. Sie erstrebten vor allem die Annexion deutscher Gebiete in Schlesien, Posen und im südlichen Ostpreußen, also Masuren und das südliche Ermland, dazu die westpreußischen Kreise.

Wilsons 14 Punkte

Am 8. Januar 1918 gab der amerikanische Präsident *Wilson* in einer Rede vor dem Kongreß seine 14 Punkte bekannt, die die Grundlage für einen gerechten und dauerhaften Frieden zwischen den Alliierten und Deutschland bilden sollten. Punkt 13 hatte folgenden Inhalt:

> *„Ein unabhängiger polnischer Staat soll errichtet werden, der die von einer unbestreitbar polnischen Bevölkerung bewohnten Gebiete umfassen soll, dem ein freier und gesicherter Zugang zum Meer gewährleistet werden und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit durch internationale Abkommen garantiert werden soll."*

Ende 1918, zur Zeit der Waffenstillstandsverhandlungen, war Wilson keineswegs geneigt, den Polen etwa deutsches Reichsgebiet zuzugestehen. Um Polen einen freien Zugang zum Meere zu gewährleisten, wollte er die Weichsel neutralisieren und in Danzig einen polnischen Freihafen entstehen lassen. Aber die unermüdliche polnische Propaganda in Paris schaffte es bis zum Frieden von Versailles, die führenden Staatsmänner der Entente für die Abtretung von 42 918 km² mit 2,96 Millionen Einwohnern an Polen einschließlich der Schaffung eines „Korridors" zu gewinnen. Dabei fand Polen bei der französischen Regierung die meiste Unterstützung, weil Frankreich in einem starken Polen einen verläßlichen Verbündeten gegen Deutschland sah. Die deutsche Delegation ist den territorialen Regelungen im Entwurf des Friedensvertrages entgegengetreten und hat dazu am 29. 5. 1919 u. a. wie folgt Stellung genommen:

> *„Deutschland weiß, daß es Opfer bringen muß, um zum Frieden zu kommen. Deutschland weiß, daß es solche Opfer vertragsgemäß zugesichert hat, und will darin an die äußerste Grenze dessen gehen, was ihm möglich ist ... Es tritt den größten Teil der Provinz Posen, die unbestreitbar polnisch besiedelten Gebiete nebst der Hauptstadt Posen an Polen ab. Es ist bereit, den Polen durch Einräumung von Freihäfen in Danzig, Königsberg und Memel, durch eine Weichsel-Schiffahrtsakte und durch besondere Eisenbahnverträge freien und sicheren Zugang zum Meere unter internationaler Garantie zu gewähren."*
> *„Im Osten soll Oberschlesien von Deutschland abgelöst und zu Polen geschlagen werden, obwohl es seit 750 Jahren in keiner politischen Verbindung mit Polen gestanden hat. Umgekehrt sollen die Provinzen Posen und fast das ganze Westpreußen vom Deutschen Reiche losgelöst werden mit Rücksicht auf den früheren Umfang des alten polnischen Reiches, obgleich dort Millionen Deutsche wohnen. Wiederum erfolgt die Loslösung des Distriktes von Memel ohne irgendwelche Rücksicht auf geschichtliche Vergangenheit, in dem offensichtlichen Bestreben, Deutschland wirtschaftlich von Rußland zu trennen. Um Polen den*

freien Zugang zum Meer zu sichern, soll Ostpreußen völlig vom übrigen Reiche abgeschnitten und dadurch zum wirtschaftlichen und nationalen Absterben verurteilt werden. Die rein deutsche Stadt Danzig soll ein Freistaat unter polnischer Suzeränität werden. Solchen Bedingungen liegt kein Rechtsgedanke mehr zugrunde. Beliebig soll bald die Idee des ethnographischen Besitzstandes, bald der Gesichtspunkt wirtschaftlicher Interessen maßgebend sein, aber immer fällt die Entscheidung zuungunsten Deutschlands ... Nicht nur über die Regelung der territorialen Fragen, sondern über den sämtlichen Forderungen des Friedensvertrages steht der berüchtigte Satz: ‚Macht geht vor Recht'."

„Kein Gebiet darf von Deutschland abgetrennt werden, dessen nationale Zugehörigkeit durch jahrhundertelange konfliktlose Vereinigung mit dem deutschen Staatswesen unbestreitbar bewiesen ist oder, soweit dies nicht zutrifft, dessen Bevölkerung sich nicht mit der Abtrennung einverstanden erklärt hat ... Das Selbstbestimmungsrecht der Völker darf nicht ein Grundsatz sein, der nur zuungunsten Deutschlands Anwendung findet, er muß vielmehr in allen Staaten gleichmäßig gelten und insbesondere auch dort angewendet werden, wo deutschstämmige Bevölkerung den Anschluß an das deutsche Reichsgebiet wünscht."

„Deutschland hat sich damit einverstanden erklärt, daß ein unabhängiger polnischer Staat errichtet wird, ‚der die von unbestreitbar polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete einschließen sollte'.

Durch die in Artikel 27 und 28 [des Versailler Vertrages] *vorgesehene Regelung der territorialen Fragen im Osten werden dem polnischen Staat mehr oder minder große Teile der preußischen Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen und Schlesien zugeteilt, die nicht von unbestreitbar polnischer Bevölkerung bewohnt werden. Unbekümmert um ethnographische Gesichtspunkte werden zahlreiche ganz deutsche Städte, weite rein deutsche Landstrecken zu Polen geschlagen, nur damit Polen günstige militärische Grenzen gegen Deutschland und wichtige Eisenbahnknotenpunkte erhält. Unterschiedslos werden Gebiete, die in verschiedenen Jahrhunderten von Polen losgelöst sind oder in denen es überhaupt nie geherrscht hat, jetzt ihm zugesprochen. Die Annahme der vorgeschlagenen Regelung würde deshalb eine Vergewaltigung von großen unbestreitbar deutschen Gebieten bedeuten. Eine solche Regelung würde außerdem dem Wilsonschen Grundsatze widersprechen, daß bei Ordnung der nationalen Fragen vermieden werden soll, neue Elemente des Zwistes und der Gegnerschaft zu schaffen oder alte derartige Elemente zu verewigen, die wahrscheinlich mit der Zeit den Frieden Europas und somit der Welt stören würden."*

„Die Abtretung des größten Teils von Westpreußen würde Ostpreußen völlig vom Deutschen Reiche trennen. Das würde ebensowenig mit dem Wilsonschen Programm übereinstimmen wie mit den Lebensnotwendigkeiten der kerndeutschen Bevölkerung Ostpreußens und des übrigen deutschen Volkes. Soweit – abgesehen von dem Verbindungsweg mit Ostpreußen, der unbedingt für Deutschland erhalten bleiben muß – westpreußische Gebietsteile unzweifelhaft polnisch besiedelt sind, ist Deutschland bereit, sie an Polen abzutreten."

„Im südlichen Ostpreußen wird das Vorhandensein einer Bevölkerung von nicht deutscher Muttersprache benutzt, um in diesen Bezirken eine Abstimmung zu fordern. (Artikel 94 und 95.) Diese Bezirke werden indes nicht von einer unbestritten polnischen Bevölkerung bewohnt. Der Umstand, daß in einzelnen Gegenden sich die nichtdeutsche Sprache erhalten hat, kann keine Rolle spielen, da diese Erscheinung selbst in den ältesten Einheitsstaaten zu beachten ist; es sei auf die Bretonen, Walliser und Basken verwiesen. Die gegenwärtige Grenze Ostpreußens liegt seit etwa 500 Jahren fest; die fraglichen Teile der Provinz haben allergrößtenteils nie zu Polen oder zu Litauen gehört. Ihre Einwohner stehen den außerhalb der deutschen Grenze befindlichen Völkerschaften infolge einer seit Jahrhunderten verschiedenen Geschichte, einer anders gearteten Kultur und eines anderen religiösen Bekenntnisses fremd gegenüber. Diese Bevölkerung hat, von einer Gruppe landfremder Agitatoren abgesehen, ein Verlangen nach Lostrennung von Deutschland niemals geäußert, und ein Grund, die staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Gebiete zu ändern, liegt deshalb nicht vor.

Das gleiche gilt in Westpreußen für die Kreise Stuhm, Marienburg, Marienwerder und Rosenberg. Der Kreis Marienburg hat 98 v. H. Deutsche, der Kreis Marienwerder rechts der Weichsel ist ebenfalls fast rein deutsch, Rosenberg hat 93,7 v. H. Deutsche. Es gibt in Polen Kreise, in denen der Prozentsatz der deutschen Bevölkerung höher ist als zum Beispiel der Prozentsatz der polnischen Bevölkerung im Kreise Rosenberg. Das Vorhandensein so kleiner Minoritäten ist nach dem Programm des Präsidenten Wilson kein Grund zur Anzweifelung des nationalen Charakters eines Gebiets; andernfalls würde das Programm zur Auflösung jeglicher Staatsordnung führen."

In den angesprochenen Bestimmungen des Friedensvertragsentwurfes schlugen sich die polnischen Ansprüche auf deutsches Hoheitsgebiet nieder. Dieses Verlangen reicht weit in die Geschichte zurück und hat seine Triebfeder in einem übersteigerten Nationalstolz, der alles als polnisch ansah, was in der Sprache nur an polnisch anklinge, insonderheit dann, wenn es katholisch sei. Bereits 1872 wurde von Lemberg aus behauptet, die Masuren seien ein polnischer Volksstamm und folglich ihr Siedlungsgebiet polnisches Staatsgebiet. Damit begannen die eigentlichen Vorarbeiten der Polen auf Inbesitznahme ostpreußischen Gebietes. Dieses Ziel haben sie bis in die Gegenwart konsequent und unter fortlaufender Verfälschung der ethnischen und historischen Gegebenheiten weiterverfolgt. Die Entwicklung dieses Verlangens nach fremdem Landbesitz führte dazu, daß bereits vor der Jahrhundertwende das Zentralkomitee zur Rettung Masurens durch Polen gegründet wurde. 1905 gründeten sie den nationalpolnischen Kampfverband „Strasch". Sie scheuten sich aber auch nicht, einen evangelischen Volksbildungsverein zu gründen und suchten über polnische evangelische Geistliche die evangelischen Masuren anzusprechen. Mit großem finanziellen Aufwand wurde bis zum 1. Weltkrieg im Bezirk Allenstein versucht, polnische Vereine und Genossenschaften zu bilden, ja sogar polnische, in deutscher Sprache erscheinende Zeitungen herauszugeben. Mit polnischen Staatsgeldern versuchten die Polen im Grenzbereich Allenstein Grundstücke aufzukaufen, und es gelang ihnen, von 1900 bis 1912 weit über 20 000 ha zu erwerben und diesen Besitz mit Polen zu besetzen. Trotzdem aber blieben diese Bemühungen unter den Masuren ohne Bedeutung und Wirkung, und die „polnisch-masurische Volkspartei" brachte es bei der Landtagswahl 1912 nur auf 2698 Stimmen.

Als sich der unglückliche Ablauf des 1. Weltkrieges bereits abzeichnete, benützte der berüchtigte Polenführer Korfanti am 25. August 1918 diese Lage, um im deutschen Reichstag polnische Ansprüche auf Ostdeutschland zu erheben. Das Maß wurde voll, als am 1. November 1918 der polnische Staat selbst mit der Forderung auftrat, das ostpreußische Masuren mit Ermland und Allenstein und „wenn es sein müßte, durch einen Volksentscheid Polen einzuverleiben". Damals schrieben die Warschauer Zeitungen: „Die Lage für Polen ist heute so günstig, wie wir sie uns in unseren verwegensten Träumen nicht glaubten vorstellen zu können."

Die treibende Kraft auf polnischer Seite bei den Friedensverhandlungen nach dem 1. Weltkrieg war der einstige Führer der polnischen Fraktion im russischen Reichstag, *Roman Dmowski*. Als sein verlängerter Arm in Amerika wirkte *Ignaz Paderewski*, Pianist und nationaldemokratischer Politiker. Er arbeitete bei Wilson zielstrebig auf eine Vergrößerung des polnischen Staates auf Kosten Deutschlands hin; 1919 wurde er polnischer Ministerpräsident.

Über das Schicksal des deutschen Ostens entschied letzten Endes der Fachberater Wilsons, der 33jährige amerikanische Professor *Howard Lord*, dessen erstaunliche Unkenntnis der ostdeutschen Bevölkerungsverhältnisse nur noch von der Leichtfertigkeit übertroffen wurde, mit der er seine „Sachverständigenurteile" abgab, die dann den Entschließungen der verhängnisvollen Sitzung des Ententerates vom 3. Juni 1919 zugrunde gelegt wurden.

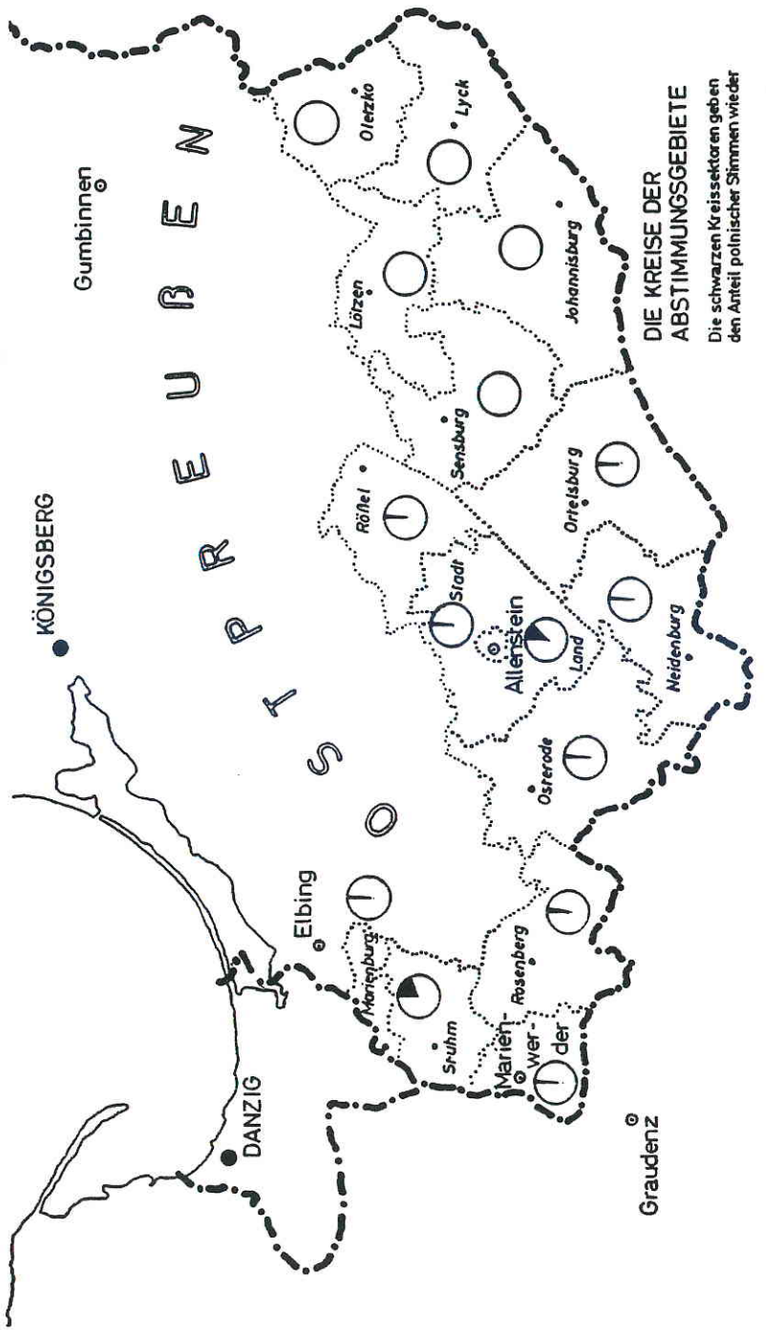
Der „Friedensvertrag" vom 28. Juni 1919 wurde von den deutschen Abgesandten in Versailles „bedingungslos" unterzeichnet. Am 10. Januar 1920 trat das Diktat in Kraft. Die wichtigsten Bestimmungen für den deutschen Nordosten sahen folgendes vor:

Ohne Volksabstimmung,
also in krassem Widerspruch zu den Wilsonschen Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechtes, hatte Deutschland folgende Gebiete an Polen abzutreten:
die größten Teile der Provinzen Posen und Westpreußen (d. h. die Stadt Posen mit dem Warthegau, den Netzedistrikt, das Kulmerland und Pomerellen) sowie das Soldauer Gebiet im Süden des Kreises Neidenburg;
zur Verfügung des Völkerbundes wurden ferner abgetrennt: die Stadt Danzig mit begrenzter Umgebung einschließlich der Niederung zwischen Weichsel und Nogat, ferner das Memelland.

Eine Volksabstimmung
war vorgesehen für das ganze südliche Ostpreußen, nämlich
die masurischen Kreise Neidenburg, Ortelsburg, Sensburg, Lötzen, Johannisburg, Lyck und Oletzko, dazu die ermländischen Kreise Allenstein-Stadt, Allenstein-Land und Rössel und für den oberländischen Kreis Osterode
sowie auf westpreußischem Gebiet in den vier Kreisen östlich der Weichsel und Nogat, d. h. in Rosenberg, Stuhm und in den nicht abgetretenen Teilen der Kreise Marienwerder und Marienburg.
Die Einzelheiten legten die Artikel 94 bis 97 des Versailler Vertrages fest, in denen es u. a. heißt:

Artikel 94
In der Zone zwischen der Südgrenze Ostpreußens ... und der nachstehend beschriebenen Linie werden die Einwohner berufen, im Wege der Abstimmung zu erklären, welchem Staate sie angeschlossen zu werden wünschen:
West- und Nordgrenze des Regierungsbezirks Allenstein bis zu ihrem Zusammentreffen mit der Grenzlinie zwischen den Kreisen Oletzko und Angerburg; von dort Nordgrenze des Kreises Oletzko bis zu ihrem Zusammentreffen mit der alten Grenze Ostpreußens.

Artikel 95
Binnen längstens 14 Tagen nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages haben die deutschen Truppen und Behörden das oben bezeichnete Gebiet zu verlassen. Bis zur Vollendung der Räumung haben sie sich jeder Erhebung von Geld- oder Naturalleistungen und jeder Maßnahme zu enthalten, wodurch die wirtschaftlichen Interessen des Landes beeinträchtigt werden könnten.
Mit Ablauf der vorerwähnten Frist wird die genannte Zone einem internationalen Ausschuß unterstellt, der aus 5 von den alliierten und assoziierten Hauptmächten ernannten Mitgliedern besteht. Dieser Ausschuß erhält allgemeine Verwaltungsbefugnis und hat insbesondere die Aufgabe, die Abstimmung in die Wege zu leiten und alle Maßnahmen zu treffen, die er zur Sicherung einer freien, unbeeinflußten und geheimen Stimmabgabe für erforderlich hält. Er erhält desgleichen Vollmacht zur Entscheidung aller Fragen, zu denen die Ausführung der gegenwärtigen Bestimmungen Anlaß gibt. Er kann ferner alle geeigneten Anforderungen treffen, um sich bei der Ausübung seines Amtes durch Hilfskräfte unterstützen zu lassen, die er selbst unter der örtlichen Bevölkerung auswählt. Seine Entscheidungen werden mit Stimmenmehrheit gefaßt.
Stimmberechtigt ist jede Person, ohne Unterschied des Geschlechts, die den nachstehenden Bedingungen genügt:
a) Sie muß bei Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages das 20. Lebensjahr vollendet haben;



b) sie muß in der Zone, in der die Volksabstimmung stattfindet, geboren sein oder seit einem von dem Ausschuß festzusetzenden Zeitpunkt dort ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt gehabt haben.

Jeder stimmt in der Gemeinde ab, wo er seinen Wohnsitz hat, oder, wenn er keinen Wohnsitz oder Aufenthalt in der Zone besitzt, in der Gemeinde, in welcher er geboren ist. Das Abstimmungsverhältnis wird gemeindeweise festgestellt, und zwar nach der Stimmenmehrheit in jeder Gemeinde ...
Die Ausgaben des Ausschusses für seine eigene Tätigkeit sowie für die Verwaltung der Zone werden aus den örtlichen Einnahmen bestritten; das Mehr an Ausgaben wird nach einem von den alliierten und assoziierten Hauptmächten festgesetzten Maßstabe von Ostpreußen getragen.

Artikel 96
In einer Zone, die die Kreise Stuhm und Rosenberg, den östlich der Nogat liegenden Teil des Kreises Marienburg und den östlich der Weichsel liegenden Teil des Kreises Marienwerder umfaßt, werden die Einwohner berufen, durch eine gemeindeweise Abstimmung kundzutun, ob sie wünschen, daß die verschiedenen in diesem Gebiete liegenden Gemeinden zu Polen oder zu Ostpreußen gehören sollen.

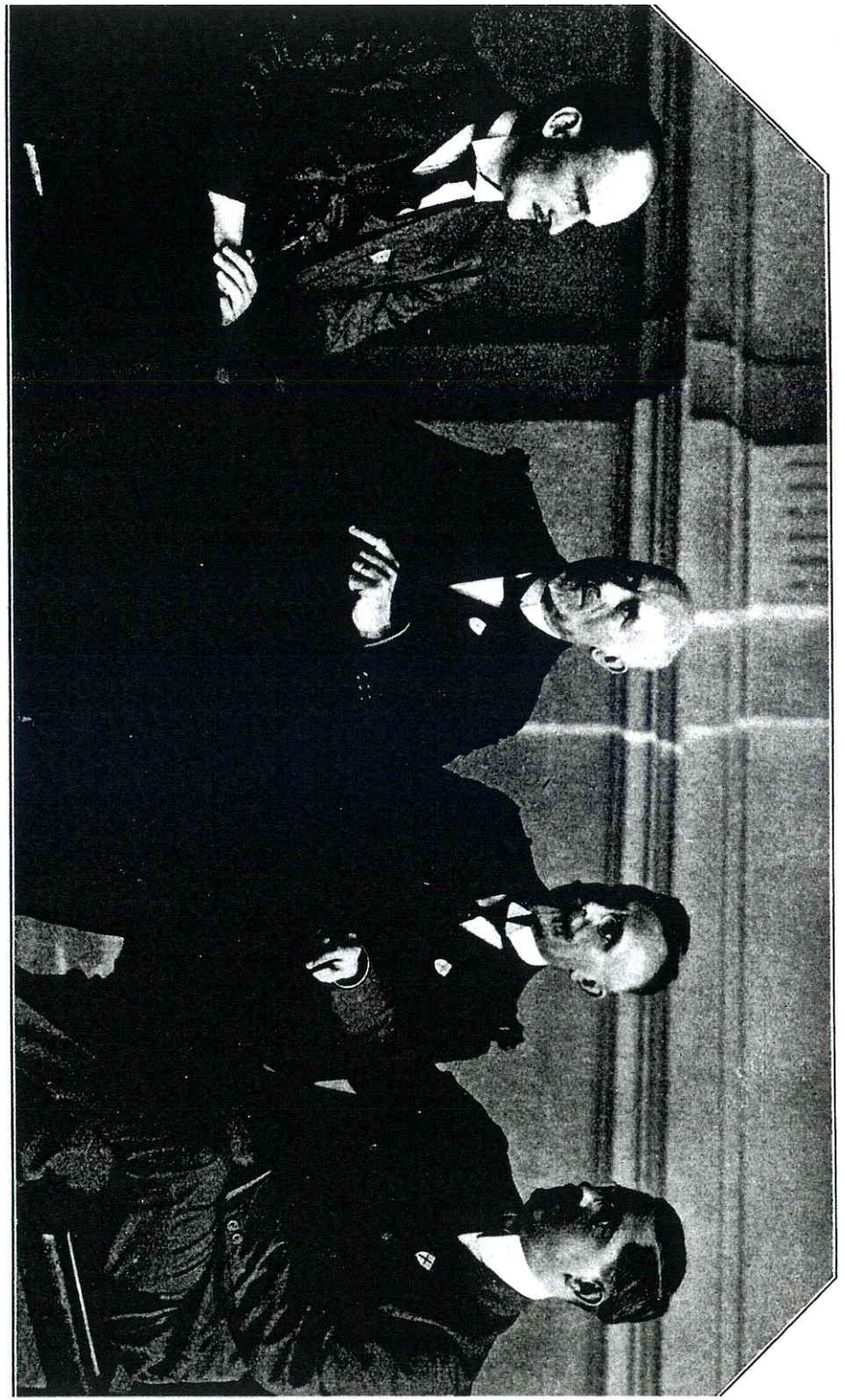
Artikel 97
Binnen längstens 14 Tagen nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags haben die deutschen Truppen und Behörden die in Art. 96 bezeichnete Zone zu verlassen. Bis zur Vollendung der Räumung haben sie sich jeder Erhebung von Geld- und Naturalleistungen und jeder Maßnahme zu enthalten, wodurch die wirtschaftlichen Interessen des Landes beeinträchtigt werden könnten.
Mit Ablauf der vorerwähnten Frist wird die genannte Zone einem internationalen Ausschuß unterstellt, der aus fünf von den alliierten und assoziierten Hauptmächten ernannten Mitgliedern besteht ... Er hat sich, soweit möglich, nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags über die Volksabstimmungen in der Allensteiner Zone zu richten. Seine Entscheidungen werden mit Stimmenmehrheit gefaßt.
Die Ausgaben des Ausschusses für seine eigene Tätigkeit sowie für die Verwaltung der ihm unterstellten Zone werden aus den örtlichen Einnahmen bestritten.
Nach Beendigung der Abstimmung teilt der Ausschuß den alliierten und assoziierten Hauptmächten die Anzahl der in jeder Gemeinde abgegebenen Stimmen mit und reicht gleichzeitig einen eingehenden Bericht über die Wahlhandlung sowie einen Vorschlag über die Linie ein, die unter Berücksichtigung sowohl des durch die Abstimmung kundgegebenen Willens der Bevölkerung als auch der geographischen und wirtschaftlichen Lage der einzelnen Ortschaften in dieser Gegend als Grenzlinie Ostpreußens angenommen werden soll. Die alliierten und assoziierten Hauptmächte setzen alsdann die Grenze zwischen Ostpreußen und Polen in dieser Gegend fest, wobei Polen zum mindesten für die gesamte Strecke, auf der die Weichsel die Grenze bildet, die volle und uneingeschränkte Überwachung des Stromes einschließlich seines östlichen Ufers in der Tiefe, die für die Regulierung und Meliorationsarbeiten erforderlich ist, zugesprochen werden muß. Deutschland verpflichtet sich, niemals irgendwelche Befestigungen in irgendeinem Teile des erwähnten Gebietes, soweit es deutsch bleibt, anzulegen.
Die alliierten und assoziierten Hauptmächte erlassen gleichzeitig Vorschriften, die der ostpreußischen Bevölkerung den Zugang zur Weichsel und die Benutzung des Stromes für sie selbst, für ihre Waren und für ihre Schiffe unter billigen Bedingungen und unter vollster Rücksichtnahme auf ihre Interessen sichern.

Der Abstimmungskampf beginnt

Bereits seit 1918 arbeitete die polnische Propaganda vor dem alliierten Friedensrat in Paris mit Geschichtsfälschungen und Unwahrheiten. Deutschland war machtlos, da keine deutschen Sachverständigen in Paris zugelassen waren. Nicht nur, daß die polnischen Sprecher Dmowski und Paderewski die Behauptung aufstellten, Masuren sei zu 70–80 % polnisch, sie boten auch eine aus vier gekauften Elementen bestehende Masurendeputation auf, die in Paris im Auftrage des masurischen Volkes eine Angliederung an Polen forderte. Diese Forderungen wurden belegt, und zwar wie es sich später herausstellte, mit gefälschten Landkarten und Bild- und Schriftunterlagen.
Daß die Polen trotz ihrer Behauptung, die Abstimmungsgebiete seien rein polnischen Charakters, sich mehr als unsicher fühlten, wenn es zu einer Abstimmung kam, mag daraus ersichtlich sein, daß sie mit allen Mitteln versuchten, diese Abstimmung zu verhindern. Sie erklärten sich zwar zu einer Volksbefragung bereit, wenn vorerst einmal diese Gebiete 150 Jahre unter polnische Verwaltung gestellt werden würden. Doch diese Winkelzüge wurden von der Entente erfreulicherweise abgewiesen. Das löste eine ungeheure, mit staatlichen Mitteln finanzierte polnische Propaganda aus, die von Warschau aus geleitet wurde. Man bildete ein Komitee für Masuren und eins für Ermland. Auf südostpreußischem Boden entstand der ferngesteuerte polnische Volksrat.

Der Ostdeutsche Heimatdienst

Auch die Ostpreußen reagierten schnell. Am 22. 3. 1919 rief der Johannisburger Superintendent *Paul Hensel* zur Gründung des Masurenbundes auf. Drei Tage später wird in Allenstein der „Arbeitsausschuß Alleinstein gegen die Polengefahr" gegründet, der später zur „Bezirksstelle Allenstein des Ostdeutschen Heimatdienstes" wurde. Die Gefahr für Heimat und Vaterland brachte beide Verbände zusammen, aus denen am 14. 7. 1919 der „Masuren- und Ermländerbund" unter Leitung von *Max Worgitzki* hervorging. In Königsberg war inzwischen der „Ostdeutsche Heimatdienst" mit vier weitgehend selbständigen Geschäftsstellen in Königsberg, Tilsit, Allenstein und Marienwerder gegründet worden. Im August 1919 erkannten die Vertreter aller deutschen Gruppen Max Worgitzki als zentrale Persönlichkeit innerhalb des Abstimmungsgebietes an und überließen seinem Bund die Leitung des Kampfes. In jedem Ort wurden Heimatvereine gegründet, deren Zahl bereits im September 1919 1046 betrug mit 206313 Mitgliedern aus beiden Konfessionen. Das war besonders bedeutsam, weil Polen stark mit den Stimmen der Katholiken rechnete. Neben Worgitzki und Hensel sind es vor allem *Dr. Paul Marks* und *Kurt Thiel* in Allenstein sowie *Richard Götz* in Marienburg, deren Namen fest mit dem Abstimmungskampf verbunden sind.
Noch früher als in Ostpreußen setzte die Abwehr gegen polnische Ansprüche in Westpreußen ein. Bereits am 22. 12. 1918 wurde in Bromberg von Geheimrat *Cleinow* eine deutsche Vereinigung gegründet, die in Danzig durch Archivrat *Dr. Kaufmann* tatkräftig unterstützt wurde. In Marienburg erwarb sich der katholische Probst *Pingel* besondere Verdienste um die deutsche Bewegung. Das Ergebnis des Widerstandes gegen Polen zeigte eine Demonstration in Marienburg, bei der sich 35000 Menschen begeistert zum deutschen Volkstum bekannten.
Die polnische Propaganda in Westpreußen wurde von Gräfin *Sierakowski* und den Gutsbesitzern *Donimierski* und *Hohendorf* geleitet. Ihre Zeitung erschien in Graudenz in deutscher Sprache unter dem Titel „Der Weckruf".
Schwierigkeiten blieben nicht aus. Während die Polen aus Warschau unter Ausnutzung bedeutender Geldmittel schon Zeitungen gründeten und Flugblätter verteilten, mußte Worgitzki die Mittel dazu sammeln. Er gründete die „Ostdeutschen Nachrichten". Mit viel Geist und Talent gelang es ihm, die Zuversicht, auch der Zaudernden, zu stärken und zu beleben. Ein dichtes Netz von Vertrauensleuten in allen Kreisen trug Wort und Gedanken bis in die letzten Hütten



Vorstand der Bezirksstelle Allenstein des „Ostdeutschen Heimatdienstes“: Stadtrat Borowski; Kurt Thiel, Fabrikbesitzer; Dr. Paul Marks, Veterinärrat; Max Worgitzki, Schriftsteller

und Häuser des Landes. Erleichtert wurde ihm diese Arbeit nur durch das Fehlen landverbundener tragender Elemente auf polnischer Seite. Die aus Warschau gesandten Propagandisten konnten diesen Mangel nicht ausgleichen.
Worgitzki wußte, was im politischen Kampf eine bewaffnete Ordnungsmacht bedeutete. So erreichte er in zähen Verhandlungen mit französischen, englischen und italienischen Stellen, daß nur interalliierte und keine polnischen Truppen das Abstimmungsgebiet besetzen durften. Damit war jeder polnische Versuch, mit Waffengewalt vollzogene Tatsachen zu schaffen, zunächst einmal überspielt.

Die Herrschaft der Kommissionen

Am 14. bzw. 17. 2. 1920 übernahmen die interalliierten Kommissionen in Allenstein bzw. Marienwerder die Verwaltung. Der Kommission für das ostpreußische Abstimmungsgebiet gehörten an: für Großbritannien der Gesandte Sir Ernest Amelius *Rennie* (als Vorsitzender), für Frankreich der Gesandte *Couget* (am 2. 6. durch *Chevally* ersetzt), für Italien der Marchese *Fracassi* di Torre Rossano und für Japan der Diplomat *Marumo*. Im Dienst der Kommission standen 88 höhere Beamte und Offiziere, und zwar 34 Engländer, 24 Franzosen, 23 Italiener und sieben Japaner. Deutscher Vertreter war der Reichs- und Staatskommissar Wilhelm *Freiherr von Gayl*.
Die Kommission für Westpreußen bestand aus dem italienischen Staatskommissar Angelo *Pavia* (als Vorsitzender), dem englischen Gesandten Henry *Beaumont*, dem französischen Botschaftsrat Comte René de *Cherisey* sowie dem japanischen Botschaftssekretär Morikazu *Ida*. Der deutsche Bevollmächtigte war anfangs der frühere Landrat von Graudenz, Geheimrat *Kutter*, dessen Nachfolge nach dem Kapp-Putsch der Landrat von Neustadt/Westpr. Graf *Baudissin* antrat. Polen wurde in Marienwerder durch den Gutsbesitzer Graf *Sierakowski* aus Waplitz/Kr. Stuhm vertreten. In Allenstein stand dem polnischen Hauptquartier, dem „Dom polski“, der erst verspätet als Generalkonsul anerkannte Dr. Zenon *Lewandowski* vor.
Eine der ersten Amtshandlungen der Kommission in Allenstein war die Schließung der Grenze zwischen dem Abstimmungsgebiet und dem übrigen Ostpreußen bei gleichzeitiger Öffnung der Grenze zu Polen. Eine Maßnahme, die von den Polen mit Genugtuung begrüßt wurde. Sie sahen in der Kommission einen Verbündeten, doch zeigte sich bald, daß sie mehr und mehr eine überparteiliche Haltung einnahm.
Am 14. bzw. 12. April 1920 gaben die Kommissionen die Abstimmungsreglements bekannt. Danach war abstimmungsberechtigt, wer am 10. Januar 1920 das 20. Lebensjahr vollendet, im Abstimmungsgebiet geboren oder dort seit dem 1. 1. 1905 (Ostpreußen) bzw. seit dem 1. 1. 1914 (Westpreußen) seinen Wohnsitz hatte. Abgestimmt wird in der Geburts- bzw. Wohnsitzgemeinde. Abstimmungsbezirke sind alle Gemeinden und Gutsbezirke, in Ostpreußen jedoch nur solche, die 1910 über 100 Einwohner hatten. Kleinere Einheiten wurden der zunächst liegenden Gemeinde zugeteilt.
Bis zum 1. Juni waren alle Abstimmungsberechtigten in Listen einzutragen, und zwar umfaßte:

in Ostpreußen

Liste I:	im Abstimmungsgebiet Geborene und dort Ansässige
Liste II:	im Gebiet Geborene, aber außerhalb Wohnende
Liste III:	nicht im Gebiet Geborene, aber dort seit dem 1. 1. 1905 Ansässige;

in Westpreußen

Liste I:	im Abstimmungsgebiet Geborene und dort seit dem 1. 1. 1914 Ansässige
Liste II:	nicht im Gebiet Geborene, aber dort seit dem 1. 1. 1914 Ansässige
Liste III:	im Gebiet Geborene, aber erst nach dem 1. 1. 1914 wieder Zugezogene
Liste IV:	im Gebiet Geborene, aber außerhalb Wohnende.

Die Abstimmung hatte mit Stimmzetteln aus weißem Papier im Format 10 cm Breite x 8 cm Höhe zu erfolgen. Auf ihnen mußte stehen „Ostpreußen – Wschodnie Prusy“ bzw. „Polska –

Polen". Die Stimmzettel wurden nicht im Abstimmungslokal ausgegeben, sondern jeder Abstimmende mußte ihn sich selbst besorgen. Deshalb wurden sie von deutscher und polnischer Seite vorher verteilt. Zur Abstimmung sollte ein Isolierraum aufgesucht werden, dort der gewünschte Stimmzettel in einen im Abstimmungslokal ausgehändigten und gestempelten Umschlag gesteckt und im Wahlraum in die Urne geworfen werden.
Am 25. Mai setzte die Botschafterkonferenz Sonntag, den 11. Juli 1920, als Abstimmungstag fest.

Die glückliche Hand des Reichskommissars

Gleichzeitig mit der Arbeit der Kommission im Februar begann in Allenstein die Aufgabe des deutschen Staatskommissars, Freiherrn von Gayl. Als Leiter der ostpreußischen Landgesellschaft war er mit Land und Leuten des Abstimmungsgebietes vertraut, dazu war er klug, weitblickend und erfahren im Verhandeln und im Umgang mit Menschen. Seine Dienststelle richtete er im Gebäude der Bezirksregierung ein. Seine Aufgabe ähnelte der, die einst Tayllerand auf dem Wiener Kongreß als Vertreter des besiegten Frankreich zu bewältigen hatte. Über seine Funktion schrieb von Gayl selber:

> *„Dem deutschen Kommissar war eine Doppelaufgabe gestellt. Er hatte die deutschen Belange gegenüber der Kommission und den Polen zu wahren, aber auch der Kommission aufklärend und beratend zu helfen sowie ihren Verkehr mit den deutschen Regierungsstellen außerhalb des Gebietes zu vermitteln. Er war nicht einseitiger Interessenvertreter wie der polnische Generalkonsul, sondern durch ein entsprechendes Abkommen organisch mit der Kommission verbunden."*

Mit viel Takt und einem angeborenen Esprit gewann von Gayl bald den Respekt und die Achtung der Kommission. Auch diese selbst hatte mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Einerseits sollte sie Autorität wahren und andererseits den Vorstellungen der Botschafterkonferenz entsprechen, die in Vorurteilen befangen und mit den Gegebenheiten wenig vertraut war. So war es für die deutsche Sache ein Glück, daß die beiden Männer, Worgitzki und Freiherr von Gayl, obwohl sie aus verschiedenen politischen Lagern stammten, vortrefflich zusammenzuarbeiten verstanden. Auch sie mußten nach zwei Seiten hin agieren. So wichtig es war, die Bevölkerung über alle Vorgänge und Intrigen aufzuklären, so mußte doch andererseits jede Explosion berechtigter Empörung verhindert werden. Jeder Zwischenfall, gleich welche Seite ihn herbeigeführt hatte, war für die Polen ein Anlaß, vor der Weltöffentlichkeit Klage über angeblichen deutschen Terror zu erheben.

Die andere Seite prellt vor

Während von Gayl und Worgitzki sich maßvoll zurückhielten, überschütteten die Polen die Kommissionen mit unberechtigten Klagen und maßlosen Wünschen und machten sich dadurch sehr schnell unglaubwürdig. Jede Beschwerde der Polen mußte jedoch von der Kommission gewissenhaft geprüft werden, auch wenn ihre Grundlosigkeit klar zu erkennen war. Der polnische Abstimmungsbeauftragte Lewandowski mußte deshalb schließlich abgelöst werden.
Als Beauftragter des Vatikans für das Abstimmungsgebiet war der Päpstliche Nuntius in Warschau, *Achille Ratti*, der spätere Papst Pius XI., nach Allenstein gekommen. Er verkündete im Auftrag des Vatikans die absolute Neutralität der katholischen Kirche, um dem Mißbrauch der Ausnutzung religiöser Fakten durch die polnische Propaganda ein Ende zu bereiten. So ließ man beispielsweise in einem Bühnenstück, das auf den Dörfern von einer polnischen Theatergruppe aufgeführt wurde, die Mutter Gottes erklären, daß sie nur polnisch gesprochene Gebete erhöre. Besonders unter den Ermländern wurde die These proklamiert, daß Katholischsein polnisch zu wählen verpflichte.

Selbst als die Polen allmählich begriffen, daß sich ihre ohnehin kärglichen Aussichten für das Plebiszit immer weiter verringerten, änderten sie ihre Taktik nicht. Im Gegenteil: sie versuchten, die Kommission bei der Botschafterkonferenz in Paris der Parteilichkeit für die deutsche Seite zu bezichtigen. Als auch dieses nichts half, drohten sie mit dem Abstimmungsstreik.
Um in letzter Minute vor der Weltöffentlichkeit sogenannte „Realitäten" zu schaffen, die Botschafterkonferenz zu schockieren und die Kommission zum Nachgeben zu zwingen, stellten die Polen im Korridor, dem Gebiet, das sie bereits ohne Abstimmung beherrschten, die „Bojuwka", eine Insurgententruppe auf, gebildet aus für Kleinkrieg geschulten Leuten; eine Methode, die die Litauer im Memelland bereits mit Erfolg angewandt hatten. Vortrupps begannen schon, die Bevölkerung im Abstimmungsgebiet zu terrorisieren. Es heißt, daß Marschall *Pilsudski* es war, der es nicht zum Äußersten kommen ließ. Von ihm stammt das Wort, daß diejenigen in Irrenhäuser gehörten, die da glaubten, daß die Ostpreußen jemals geneigt sein würden, sich als Polen abstempeln zu lassen.
Die Kommissionen durchschauten die polnischen Absichten durchaus. Besonders die englischen Gesandten berichteten aus Allenstein und Marienwerder ungeschminkt nach Paris, so Sir Rennie über das ostpreußische Abstimmungsgebiet am 20. 4. 1920:

> *„Das Vorgehen polnischer Agenten, welche in diesem Gebiet fremd sind, wird laut Bericht mit Mißgunst von ansässigen Polen betrachtet, und es wird erwartet, daß sie die deutschsprechende Bevölkerung reizen, ohne der polnischen Seite zu nützen."*

Noch deutlicher wurde der Engländer Beaumont in seinen Berichten an das Londoner Foreign Office. Am 10. 3. 1920 schreibt er:

> *„Unser Aufenthalt in diesem Bezirk war schon ausreichend lang, um alle Mitglieder dieser Kommission zu überzeugen, daß das Ergebnis der Abstimmung eine von vornherein feststehende Entscheidung ist und daß die überwältigende Mehrheit der Einwohner für Deutschland stimmen wird. Abgesehen von Stammesempfindungen, haben die Provokationen, die Unterdrückungen und die Intoleranz der polnischen Behörden in dem kürzlich von ihnen besetzten Gebiet einen kläglichen Eindruck auf die Meinung nicht nur der Deutschen, sondern aller unparteiischen Beobachter hervorgerufen."*

Am 29. 4. 1920 schreibt Beaumont an Sir E. Crowe:

> *„Meine Meinung ist nur, daß der Wunsch Frankreichs, einen starken Staat an Deutschlands Ostflanke zu schaffen, wahrscheinlich zu Schwierigkeiten führen soll... Wir kamen alle als Sympathisanten Polens her, aber seitdem wir die Dinge aus unmittelbarer Nähe gesehen haben, haben wir alle – einschließlich der Franzosen – unsere Ansichten geändert. Sogar der preußische Militarismus war glimpflich, verglichen mit dem, was überall an unseren Grenzen vor sich geht. Unser Eindruck ist der, daß eine Aggression von seiten Polens wahrscheinlicher als von seiten Deutschlands ist."*

In Ost- und Westpreußen, also „vor Ort", konnten sich die interalliierten Kommissionen dieser richtigen Einschätzung der aus dem übersteigerten polnischen Nationalgefühl erwachsenden Gefahren nicht verschließen. Damit drangen sie jedoch nicht bis in ihre Regierungen vor. Die Ententemächte standen Deutschland – und damit auch dem Abstimmungsgebiet – weiterhin distanziert gegenüber. Deshalb mußten auch die Kommissionen nach außen hin ein kühles Verhältnis zu den Behörden im Abstimmungsgebiet wahren.

Die polnischen Ansprüche

Mit drei Argumenten hatten die Polen die Friedenskonferenz in Paris zu täuschen gewußt, um ihre Absichten und Forderungen auf Abtretung ost- und westpreußischen Bodens an den polnischen Staat, mit oder ohne Abstimmung, durchzusetzen.

1. Es handelt sich um ursprünglich polnisches Land.
2. Der preußische Staat habe die Bewohner durch Jahrhunderte über ihre eigentlich polnische Herkunft im unklaren gelassen.

3. Polnische Familien wurden zur Arbeitsleistung nach dem deutschen Westen, insbesondere ins Ruhrgebiet, deportiert.

Die letztere Behauptung war der Grund dafür, daß auch alle außerhalb der Abstimmungsgebiete lebenden Ost- und Westpreußen zur Abstimmung zugelassen waren. Diese Maßnahme war für die polnische Seite ein Bumerang.

Man geriet in Warschau in Panik, als die zur Abstimmung zugelassenen gebürtigen Ostpreußen anrollten. Die Entschlossenheit unter ihnen ließ die Polen nichts Gutes erwarten. Sie kamen wie zu einem Fest, zu einer Familienfeier. Es half den Polen nichts, daß sie Schwierigkeiten über Schwierigkeiten machten, um den Ansturm zu drosseln. Sie beschränkten die ursprünglich zugelassene Anzahl der Sonderzüge, die den Korridor passieren durften, ersannen Schikanen für die Paß- und Gepäckkontrolle, beanstandeten angeblich fehlende Stempel, schickten willkürlich Leute unter den fadenscheinigsten Vorwänden zurück. Agenten mischten sich unter die Anreisenden und versuchten, ihnen die Berechtigungsscheine zur Abstimmung für relativ bedeutende Beträge abzukaufen. Sie fanden aber keinen, der sich auf solche Geschäfte einließ.

Über die vertragswidrigen Verkehrsbehinderungen im polnischen Korridor berichtete Sir Rennie am 2. Juli an das Foreign Office nach London:

> *„Trotz des Protestes der Alliierten Verbindungskommission in Konitz ist mehr als 700 Personen in den beiden ersten Wählerzügen die Durchfahrt durch das polnische Gebiet verweigert worden. Als Grund für diese Maßnahme wird von den polnischen Behörden angegeben, daß die Identität ungenügend ausgewiesen war, was angesichts dieser großen Menge von Reisenden unwahrscheinlich erscheint."*

Um diesen Behinderungen zu entgehen, wurden Schiffe von Swinemünde bzw. sogar Stolpmünde nach Pillau eingesetzt – der erst am 29. Januar aus der Taufe gehobene „Seedienst Ostpreußen" bestand seine erste Bewährungsprobe! In der Liste II standen 157 074 auswärtige Abstimmungsberechtigte. Erste Schätzungen gingen davon aus, daß etwa 45 000 den Seeweg wählen würden. Tatsächlich wurden es 89637, wozu noch die Kinder und sonstigen nicht abstimmungsberechtigten Mitreisenden kamen! Buntbeflaggt und nachts hell erleuchtet liefen die Dampfer ein und machten in Pillau an der Pier im Hinterhafen fest. Ein einziger Tag führte 17 Fahrzeuge heran, darunter Fährschiffe der Linie Saßnitz – Trelleborg und vier Torpedoboote – sie brachten über 13 000 Personen nach Ostpreußen.

Selbst aus Amerika kamen Menschen an, um ihrer Abstimmungspflicht zu genügen. Zusammen mit den westpreußischen „Abstimmlern", wie sie damals genannt wurden, und den Kindern und nicht abstimmungsberechtigten Familienangehörigen kamen etwa 195 000 aus dem Reich, dazu weitere 24 000 aus dem übrigen Ostpreußen. Jeder Auswärtige hatte seinen genauen Fahrplan, Ausweis und Merkblätter durch die deutschen Selbsthilfeorganisationen erhalten.

Dies Land bleibt deutsch!

Der entscheidende Tag brach an. Ein blauer Himmel mit strahlendem Sonnenschein überwölbte das Land. Auf allen Straßen verkündeten Spruchbänder: „Dies Land bleibt deutsch!" Den Vorabend des denkwürdigen Tages schildert Freiherr von Gayl so:

> *„Am Nachmittag des 10. Juli hatte der Heimatdienst zur letzten Heerschau der Allensteiner in den Park von Jakobsberg gerufen. Mit den Gästen vereinigte sich fast die ganze Stadtbevölkerung. Die weiten Rasenterrassen von Jakobsberg waren gefüllt.*
> *Ich hatte nicht die Absicht gehabt, an diesem Tage zu sprechen, aber ein unerwartetes Ereignis zwang mich dazu. Unter der Menge hatten Polen, Unabhängige Sozialdemokraten und Kommunisten Flugblätter verbreitet, die von böswilligen Verleumdungen strotzten. Es war an sich nicht nötig, diesem Beginnen entgegenzutreten, doch bestand die Gefahr, daß die empörte Menge sich zu unbedachten Kundgebungen gegen das polnische Haus und seine Bewohner hinreißen ließ ... ich mahnte zur Ruhe. Wir wären unserer Sache so*

Die Abstimmungsberechtigten aus dem Reiche kommen!

Deutsche in den Abstimmungsgebieten:

Die Abstimmungsberechtigten kommen nun aus allen Teilen Deutschlands zu Euch,

um Euch im Kampfe für das Deutschtum beizustehen.

Sie folgten, Männer, Frauen und Kinder, als ein freiwilliges, friedliches Heer dem Ruf ihrer westpreußischen Heimat.

Sie kommen zu Euch wie deutsche Wallfahrer.
Sie sind Eure Brüder und Schwestern.

Beschwerlich ist der Weg, den sie gemacht haben. Die polnische Korridorwirtschaft zwang sie über See zu fahren. Viele Tage und Nächte sind sie unterwegs, um Euch zur Seite sein zu können.

Nun, Deutsche in den Abstimmungsgebieten, ist es an Euch, diesen Frauen und Männern Eure Dankbarkeit zu beweisen.

Nehmt sie wie Freunde und Helfer in der Not mit offenen Armen auf. Erweist ihnen Gutes, wie sie Euch Gutes erweisen. Gewährt ihnen nach Möglichkeit eine bequeme Unterkunft. Helft ihnen mit Rat und Tat, laßt Euch keine Mühe verdrießen.

Sie sollen nicht sagen: Wir kamen wie Freunde und gingen wie Fremde. Sie sollen sich froh und glücklich in ihrer alten Heimat fühlen. Sie sollen von Euren guten Worten und Werken im großen Vaterlande berichten. Sie sollen von

den siegreichen Tagen der deutschen Abstimmung

noch später ihren Enkeln mit Wohlgefallen erzählen.

Lasset Eure Freude über diese Heimwanderer auch äußerlich sehen:

Schmückt Eure Häuser mit Guirlanden und Fahnen.
Errichtet ihnen Ehrenpforten.

Ueberall prange ihnen Euer Gruß entgegen:

Herzlich willkommen in der deutschen Heimat!

Deutscher Ausschuß für Westpreußen.
Hauptgeschäftsstelle Marienwerder.

Westpreußische Hofbuchdruckerei Fritz Kanter, Marienwerder.

gewiß, daß wir den Tag nicht durch Gewalt beflecken wollten. Orkanartiger Beifall durchhallte den Raum."

Am nächsten Tag gab die Bevölkerung die Quittung für die Herausforderung. In beiden Abstimmungsgebieten stimmten 96,66 Prozent für Deutschland. In Ostpreußen lag die Beteiligung unter den ortsansässigen Abstimmungsberechtigten bei 96,2 Prozent, selbst von den Auswärtigen waren 116 152 Personen (73,9 %) zur Abstimmung gekommen! Hier lag der Schwerpunkt der polnischen Stimmen innerhalb der geringen Gesamtzahl, wie erwartet, in den nationalpolnischen Siedlungen des Ermlandes und des Kreises Osterode. Die Beteiligung in diesen vier Kreisen betrug 94,2 Prozent. Eine Stimmenthaltung hat also auch hier nicht stattgefunden, obwohl Polen das Gegenteil behauptet hat. Vielmehr muß ein erheblicher Teil der polnischsprachigen Bevölkerung für Deutschland gestimmt haben. Im westpreußischen Abstimmungsgebiet konzentrierten sich die polnischen Stimmen auf einige größere Dörfer im Kreise Stuhm.

Trotz des überwältigenden deutschen Erfolges übergab der Botschafterrat in Paris den Polen im August 1920 fünf Ortschaften in der Nordwestecke des Kreises Marienwerder, den Hafen von Kurzebrak, einen Brückenkopf an der später von den Polen abgebrochenen Brücke nach Münsterwalde und den Bahnhof Garnsee. Damit nahm man den Ostpreußen den ungehinderten Zugang zur Weichsel!

„Incroyable" ... Unglaublich

Der Abstimmungstag selbst war in völliger Ruhe verlaufen. Die Polen, die bisher nur fieberhafte Tätigkeit kannten, saßen still im Reichshof, der durch Stacheldraht und spanische Reiter gesichert war, bewacht von der Abstimmungspolizei. Im übrigen begannen sich erst am Abend die Straßen und Plätze zu füllen; eine erwartungsvoll gestimmte Menge harrte geduldig auf die Bekanntgabe der Resultate.

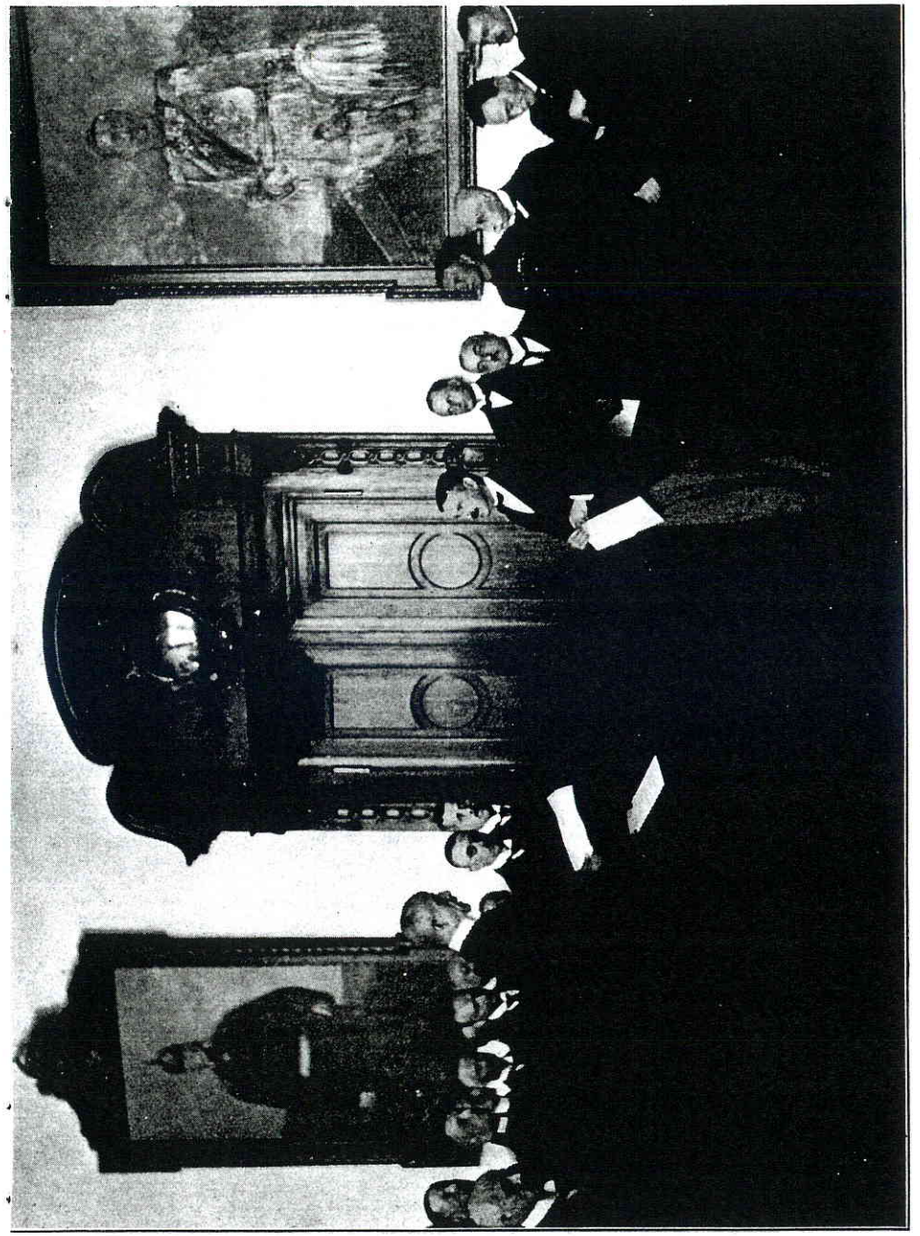
Man hatte geglaubt, daß das Endresultat erst am Dienstag vorliegen würde. Aber die allgemeine Begeisterung und Erregung hatte nun auch die Kommission gepackt. Im Regierungsgebäude saßen die Beamten der Kommission und der Regierung und nahmen unermüdlich die Meldungen entgegen, die auf Tausenden von Drähten aus dem letzten Dorf über die Kreisstädte nach Allenstein kamen. Sie arbeiteten unverdrossen die ganze Nacht. Unten aber saß der Reichskommissar mit seinem Stab und rechnete bis morgens um halb sechs. Das Endresultat war da, daran konnten keine diplomatischen Künste mehr rütteln, selbst nicht der Hohe Rat in Paris.

Was die Kommission dazu sagte? – Der Japaner blickte äußerst unbewegt drein, wie es seine Art war. Der Engländer lächelte sein liebenswürdigstes Diplomatenlächeln. Der Italiener sann ein wenig nach, als er das Ergebnis in den Händen hielt, dann sagte er mit einem feinen Lächeln: „Wo waren da eigentlich die Sachverständigen von Versailles?" Die Franzosen aber machten strenge Gesichter und sagten untereinander: „C'est incroyable!" (Das ist unglaublich).

Dann kam der 16. August 1920, der Tag, an dem die deutsche Flagge auf dem Regierungsgebäude in Allenstein wieder gehißt wurde, der Tag, an dem die Kommission die Verwaltung der Abstimmungsgebiete wieder in die Hände der Regierungspräsidenten zurücklegte. Ostpreußen und der Rest von Westpreußen gehörten wieder zum Reich.

In Polen aber verstummten die Stimmen nicht, die das Ergebnis der Volksabstimmung nicht anerkennen wollten und unverändert Ansprüche auf ostpreußisches Gebiet äußerten. Ihnen trat der sozialdemokratische preußische Innenminister Carl Severing in einer Gedenkrede zum Abstimmungstag entgegen, die er am 11. Juli 1924 in Berlin hielt:

> *„Zu all den Landverlusten und sonstigen Demütigungen, die uns durch den Versailler Vertrag auferlegt waren, kamen noch die Ansprüche auf weitere Gebietsabtretungen nach dem sogenannten Selbstbestimmungsrecht der Völker, und so die Prüfungen, die einzelnen Teilen unseres Landes durch die Volksabstimmung auferlegt worden sind.*
>
> *Die Umstände, unter denen die Abstimmung in Preußen am 11. Juli 1920 vor sich ging, waren die denkbar ungünstigsten. Im ganzen Osten war verbreitet worden, daß der*



v. Oppen v. Gayl Rennie Chevalley Fracassi Morumo

Übergabe des Abstimmungsgebietes durch die interalliierte Kommission im Sitzungssaal der Regierung in Allenstein

junge polnische Staat Hilfe jeder Art von den Westmächten erhalten werde, daß seine wirtschaftlichen Verhältnisse, verglichen mit den deutschen, die denkbar besten wären, daß sein Heer unter der Führung französischer Offiziere die sicherste Bürgschaft für die Festigung des jungen Staatswesens sei. Aber die Heimattreue der Ost- und Westpreußen, ihre Liebe zu Reich und Staat haben es erreicht, daß trotz Pressebeeinflussung und militärischem Druck bei der Volksabstimmung sich die Bevölkerung fast einmütig zum Verbleiben beim Deutschen Reiche und bei Preußen bekannt hat.

Daß dieses Ergebnis nicht etwa, wie von polnischer Seite behauptet wird, durch Wahlbeeinflussung zustande gekommen ist, zeigt der Ausfall der Reichstags- und Gemeindewahlen vom 4. Mai 1924. Das Gesamtergebnis ist das gleiche geblieben; nur etwa 2½ Prozent polnische Stimmen sind bei den Gemeinde- und Reichstagswahlen abgegeben worden, bei Wahlen also, bei denen es sich nicht mehr um die polnische Frage drehte und die vor jeder Beeinflussung zum Nachteil der Polen absolut geschützt waren.

Der Sieg vom 11. Juli 1920 ist also nicht mit kleinlichen Mitteln der Einschüchterung oder Überredung erreicht, sondern er entsprang dem großen Gefühl, daß gerade die geschlagenen und verwundeten Glieder eines Landes zusammengehören und daß deutsche Kultur und Sprache auch in Zukunft im Osten ihre Pflegestätte finden.

Dieses Bekenntnis zum Deutschtum darf sich nicht beschränken auf den einen Tag der Abstimmung, sondern soll gelten für alle Tage. So dürfen die Ost- und Westpreußen ihren Siegestag vom 11. Juli 1920 jetzt nicht im bloßen Gedenken an jene Stunde feiern, sondern sie müssen mit unerschütterlichem Ernst auf der Hut sein gegenüber Kreisen, die, nicht zufrieden mit den Grenzen des heutigen Polens, eine weitere Ausdehnung dieses Landes erstreben. Sie müssen unbeschadet aller parteipolitischen, konfessionellen und Standesgegensätze fest zusammenstehen in dem einen Ziel, Ostpreußen ewig beim Reich und Preußen als festes Bollwerk des Deutschen Reiches zu erhalten."

Inzwischen ist mehr als ein halbes Jahrhundert vergangen. Der Inhalt der warnenden Worte von Carl Severing ist für die Ostdeutschen furchtbare Wirklichkeit geworden. In der größten Massenvertreibung der Geschichte sind sie ihrer Heimat beraubt worden, der polnische Einfluß hat sich abermals nach Westen ausgedehnt. Mühsam sind die Versuche, über die Gegensätze hinweg Brücken der Verständigung zu bauen. Ausgreifende Wünsche nationaler oder ideologischer Eiferer können – wie das Ergebnis der Volksabstimmung von 1920 zeigt – in krassem Widerspruch stehen zum erklärten Willen eines Volkes. Gegen diesen Willen läßt sich Versöhnung im Bewußtsein der Menschen nicht verankern. Deshalb bleibt bis zu ihrer Einlösung die Forderung weiter bestehen:

Selbstbestimmung für Deutschland!

Die Einzelergebnisse der Volksabstimmung am 11.7.1920

Ostpreußen Kreis	Einwohnerzahl am 8.10.1919	Stimmberechtigte am 11.7.1920	Abgegebene Stimmen für Ostpreußen	für Polen
Oletzko[1])	40259	32010	28625	2
Allenstein Stadt	34731	20160	16742	342
Allenstein Land	57518	41586	31707	4871
Johannisburg	52403	38964	33817	14
Lötzen	45681	33339	29349	10
Lyck	57414	40440	36529	44
Neidenburg (Teil)	38571	26449	22235	330
Ortelsburg	73719	56389	48207	497
Osterode	76258	54256	46368	1031
Rößel	49658	39738	35248	758
Sensburg	50789	38736	34332	25
Zusammen	577001	422067	363159	7924
Westpreußen				
Marienburg[2]) (Teil)	27858	20342	17805	191
Marienwerder (Teil)	40730	31913	25608	1779
Rosenberg	56057	39630	33498	1073
Stuhm	39538	29291	19984	4904
Zusammen	164183	121176	96895	7947
Ost- und Westpreußen				
zusammen	741184	543242	460054	15871

In Prozent		
Ostpreußen	97,86	2,14
Westpreußen	92,42	7,58
Ost- und Westpreußen zusammen	96,66	3,34

Quelle: Die von Preußen abgetretenen Gebiete. Bearb. vom Preußischen Statistischen Landesamt. Berlin 1922, S. 229. Die interalliierte Kommission hat geringfügig höhere Zahlen angegeben, so die Gesamtzahl der für Ostpreußen abgegebenen Stimmen im ostpreußischen Abstimmungsgebiet mit 363 209. Das Abstimmungsdenkmal in Allenstein trug diese letztere Zahl.

[1]) Oletzko (später Treuburg) gehörte zum Regierungsbezirk Gumbinnen, die anderen ostpreußischen Kreise zum Regierungsbezirk Allenstein.

[2]) Marienburg gehörte zum Regierungsbezirk Danzig, die übrigen westpreußischen Kreise zum Regierungsbezirk Marienwerder.

Ein Zeitdokument:

Tag der Abstimmung in Lyck

Aus dem Bericht der Lycker Zeitung – Allgemeiner Anzeiger für Masuren vom 13. Juli 1920

Helleuchtender Sonnenschein begrüßte, wie an allen diesen Tagen, auch den großen Tag der Abrechnung. Recht früh schon war Lyck erwacht; überall sah man Morgenspaziergänger, die ungestört eine Wanderung durch die Stadt machten, da die Sonne ihre Strahlen noch nicht so sengend herniedersandte. Die „Concordia", die rührige Stimmungssängerin, weckte an verschiedenen Plätzen der Stadt die „Langschläfer" mit herrlichem Liedergesang, und inzwischen rückten auch schon die Hilfstruppen des Heimatdienstes heran, um die Posten vor den Lokalen der einzelnen Stimmbezirke einzunehmen. Genau war alles geregelt, jeder Dienst besetzt, jede Stunde fand ihren Mann zur Stelle. Der Dienst klappte vorzüglich, als pünktlich um 8 Uhr die Abstimmung in allen Bezirken begann. Während in den Bezirken der Einheimischen sich die Abstimmungsberechtigten erst nach und nach einfanden, setzte die Abstimmung im Rathaus, wo die Stimmberechtigten aus dem Reich ihrer Abstimmungspflicht zu genügen hatten, gleich recht flott ein; ein jeder hatte den Wunsch, dieser Pflicht, die ihn hierher gerufen hatte, möglichst schnell zu genügen.

Die Abstimmung wickelte sich in allen Bezirken ununterbrochen glatt ab. Die Zettelverteiler waren auf dem Posten, Verteiler mit polnischen Abstimmungszetteln sah man vor keinem Wahllokal, auch nicht auf der Straße. Dafür waren die Hausbriefkästen heimlich abends vorher mit dem polnischen Wisch gespickt worden. Nirgends kam es zu Zusammenstößen oder Zwischenfällen. Auf den Straßen war der Verkehr ein ganz gewaltiger, er erreichte in den Mittagsstunden seinen Höhepunkt. Junge Mädchen, die schwarz-weiße Fähnchen und Flugblätter verteilten, eilten geschäftig hin und her und ermunterten die Straßengänger, ihre Abstimmung möglichst bald vorzunehmen.

Bereits gegen 5 Uhr hatten in den meisten Wahllokalen 80 bis 90 Prozent ihren Stimmzettel abgegeben. Dann wurden Kranke, Gebrechliche, alte Mütterchen und Greise auf Wagen und Autos herangeführt und in die Lokale geleitet. Hier konnte man manche schöne Szene beobachten. Ein altes Mütterchen von 80 Jahren kam ganz allein an ihrem Stocke herangehumpelt, ihren Ausweis ängstlich unter der Schürze versteckt. Als sich ihrer hilfsbereite junge Mädchen annahmen und ihr einen Stimmzettel „Ostpreußen" in die Hand drückten, betrachtete sie diesen Zettel erst lange mit kritischen Blicken, um sich dann ängstlich umzusehen. Als ihr Auge auf einen Herrn mit dem Ordenskreuz fiel, fragte sie erst noch einmal ängstlich: „Ist dies auch wirklich der richtige deutsche Zettel?" und fügte, als dies bejaht wurde, hinzu: „Na ja, man muß sich in acht nehmen, die drehen mir alten Frau noch womöglich einen pollackschen Zettel an." Mit stolzem und zufriedenem Lächeln, das ich nicht vergessen werde, trat diese einfache Frau an den Tisch heran und gab ihren Zettel im Umschlag ab, um sich dann wieder an ihrem Stock auf den Heimweg zu machen. Im Bezirk 10 ließ sich sogar eine 107 Jahre alte Frau, Minna Milewski, Morgenstraße 32, von der Krankenschwester zum Stimmlokal fahren, wie überhaupt mehrere über 90 Jahre alte Personen ihr Stimmrecht ausübten.

Wie anders dieses Bild der Abstimmung eines ganzen „Volkes von Brüdern" im Gegensatz zu dem Bild einer Parteiwahl. Kein Geschrei, kein Bestürmen der Wahlberechtigten durch die Zettelverteiler, eine wohltuende Ruhe, die auch nicht gestört worden wäre, wenn das Schnapsverbot der Hohen Kommission nicht ergangen wäre. Alles war sich bewußt, daß die Weihe dieses Tages nicht gestört werden durfte, einer war dem anderen gern behilflich, keiner machte einen Unterschied.

Am Nachmittag spielte die Musik zwanglos in den verschiedenen Straßen patriotische Lieder, um die noch fehlenden herbeizurufen. Von den Polen, die angeblich 90 Prozent der masurischen

Bevölkerung ausmachen sollten, sah man nichts. Die „Warschauer" hatten schon vorher die Flucht ergriffen, die Parole „Die Warschauer raus!" war ihnen in die Knochen gefahren, und der deutsche Tag und das Heimatfest hatten ihnen zur Genüge gezeigt, daß sie hier nichts mehr zu suchen hatten; und die, die hier als Polen gelten wollten, hatten es meistens vorgezogen, der Stadt den Rücken zu kehren und ihn extra muros des Abstimmungsgebietes zu verleben. Ihre Ohren konnten die deutsche Sprache Masurens nicht mehr vertragen.

Mit Spannung wurde das Ergebnis der Abstimmung in der Stadt erwartet. Gleich nach Schluß der Abstimmung, pünktlich um 8 Uhr, begann in den einzelnen Bezirken die Auszählung, und um 9.45 Uhr lag das Gesamtergebnis der Stadt Lyck vor: Es waren abgegeben:

Bezirk 1 bis 9:		
Im Abstimmungsgebiet Geborene und in Lyck Wohnende	5627 deutsche	5 polnische
Bezirk 10:		
Seit 1. Januar 1905 im Abstimmungsgebiet ansässig	678 deutsche	2 polnische
Bezirk 11 bis 15:		
In Lyck Geborene, aber außerhalb des Abstimmungsgebietes Wohnende	2034 deutsche	0 polnische
zusammen	8339 deutsche	7 polnische

Ungültig waren 17 Stimmen.

Während von den in der Stadt wohnenden Abstimmungsberechtigten sich 7 für Polen entschieden haben, ist von unseren auswärtigen Gästen auch nicht eine polnische Stimme abgegeben worden. Bravo!

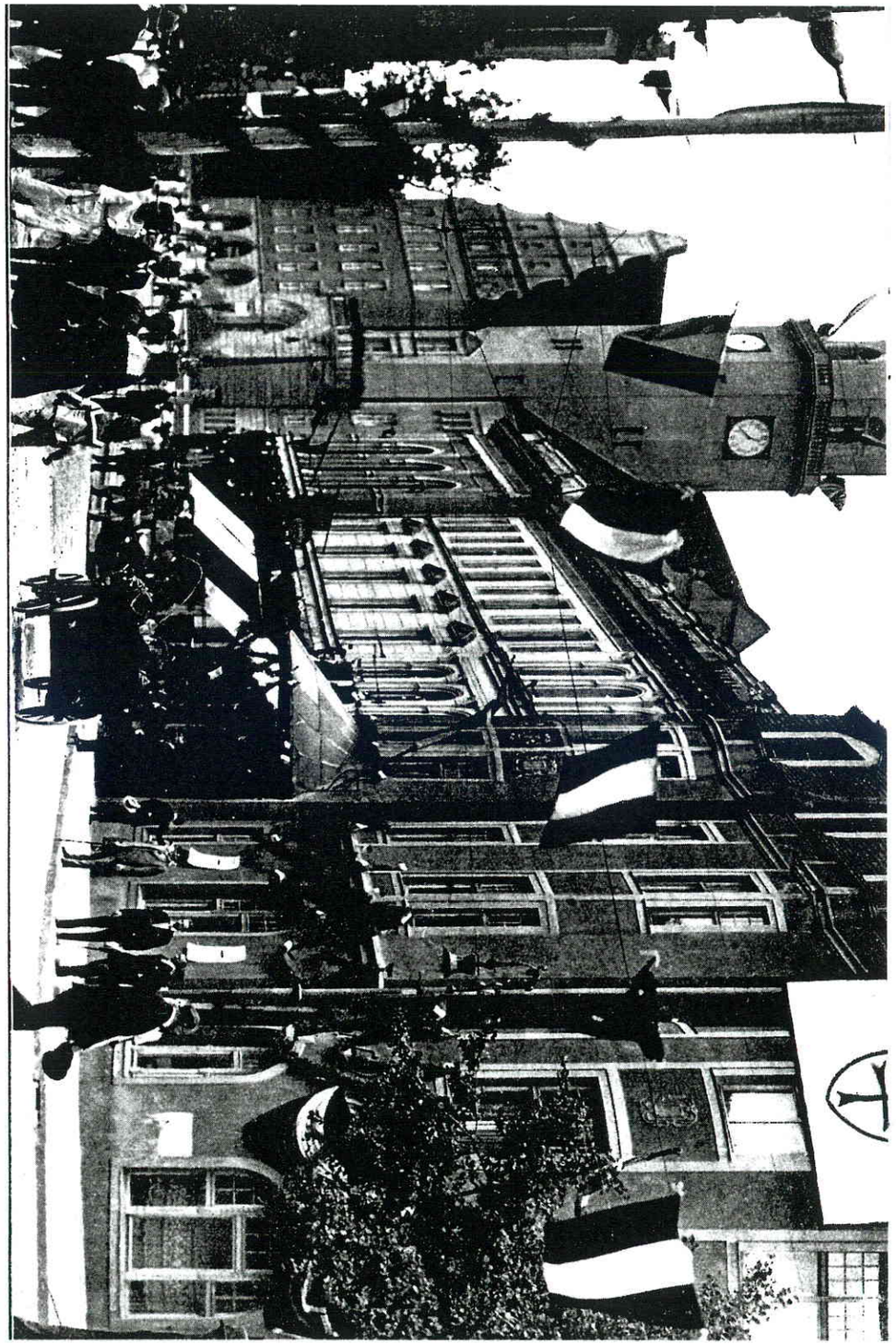
Deutscher Tag in Lyck (9. Juli). Innungen im Festzug

Damit hat Masurens Hauptstadt Lyck den Beweis erbracht, daß sie kerndeutsch ist, woran eben nur gewisse Leute zweifelten, deren sieben Namen wir mit Leichtigkeit aufzählen könnten.
Das Ergebnis, das sofort durch Anschlag, Lichtapparat und Extrablätter der „Lycker Zeitung" bekanntgemacht wurde, rief ungeheuren Jubel hervor. Auf der Straße, in den Lokalen stauten sich die Menschen, die Extrablätter wurden den Verteilern förmlich aus der Hand gerissen; überall ertönten Hochrufe und der Gesang „Deutschland, Deutschland über alles" oder „Ich bin ein Preuße". Und vor der Lichtbildleinwand in der Hindenburgstraße stauten sich weiter die Straßengänger, um die fortlaufend angezeigten Zahlen des Abstimmungsergebnisses aus dem Kreise Lyck mit Jubel zu begrüßen; auch der Kreis Lyck hat sein Deutschtum in überwältigender Größe bewiesen.
Während in den Lokalen der Sieg gefeiert wurde, bewegte sich eine große Menschenmenge mit Musik durch die Straßen der Stadt, patriotische Lieder singend und ihrer Freude Ausdruck gebend. Mit dem Gesange „Deutschland, Deutschland über alles" machte der Zug vor dem Pfarrhause in der Steinstraße, der Wohnung des Herrn Pfarrers Rathke, halt und brachte ihm als Anerkennung für seine rastlose und von so herrlichem Erfolg begleitete Tätigkeit im Masurenbund ein donnerndes Hoch aus, für das Herr Pfarrer Rathke mit herzlichen und kernigen Worten dankte. Spontan wurde darauf aus der Menge der Choral „Nun danket alle Gott" gesungen. Bis in die frühen Morgenstunden hinein fluteten die froh bewegten Massen durch die Straßen oder stauten sich vor dem Fenster unserer Redaktion, um dort die ausgehängten Ergebnisse aus den anderen Kreisen des Abstimmungsgebietes zu lesen und von neuem über die guten Erfolge in Jubel auszubrechen.
„... Will, Vaterland, Dir bleiben auf ewig fest und treu!" Dieser Schwur, den alle deutschen Herzen in Masuren und Ermland so oft und in flammender Begeisterung gesungen hatten, hat gestern seine feierliche Bestätigung erhalten. Er wurde von einer überwiegenden Mehrheit derer, die nach dem Willen einer Hohen Kommission unserer Feinde zur Abstimmung über die Zukunft unserer Heimat berechtigt waren, durch die Tat und durch den Stimmzettel wahrgemacht. Ein überwältigender Sieg ist unser!
Seit Monaten waren die Augen des ganzen deutschen Vaterlandes auf die bedrohte deutsche Ostmark gerichtet und die Welt wartete gespannt auf das Ergebnis dieser Abstimmung, der zweiten über deutsches Gebiet. Heute in aller Frühe hat sie die Antwort erhalten, hat der Draht die frohe Kunde hinausgetragen durch die Welt: Masuren und Ermland sind kerndeutsch! Die polnischen Lügner sind entlarvt. Der schwere Kampf, in dem wir länger als ein Jahr gestanden um unsere Selbständigkeit und die Zukunft unserer Heimat und Kinder, ist vorläufig vorüber. Nun stehen uns allerdings noch ein paar Wochen des Wartens bevor, bis die Entente unsere Abstimmung anerkennt und unsere Grenzen festsetzt. Aber wie diese Entscheidung nach dem gestrigen Ergebnis der Abstimmung ausfallen muß, kann nicht mehr zweifelhaft sein. Die Entente muß, wenn sie ehrlich handeln will, heute eingestehen, daß diese ganze Volksabstimmung in Masuren und Ermland eine Farce gewesen, daß sie polnischer Lüge und Hinterhältigkeit zum Spielball gedient hat, ein Volk, das so fest mit dem deutschen Vaterlande sich in Glück und Unglück verwachsen fühlt, wie das ermländische und das masurische, sich nicht verschachern läßt. Wo es kein Polen gibt, da konnten eben auch keine polnischen Stimmen abgegeben werden. Und keine Verdrehungen, mit denen unzweifelhaft die Polen ihre schmähliche Niederlage zu bemänteln versuchen werden, können die Welt nicht mehr über die Wahrheit täuschen oder uns den Sieg schmälern.
Der Kampf ist vorüber, die Waffen ruhen. Da gebührt es wohl allen denen zu danken, die uns zu diesem glänzenden Siege verholfen haben. Dank unserem Herrgott droben, der die Hand nicht von unserer Heimat gelassen hat, der sie, wie 1914/15, auch 1920 wieder aus aller Gefahr erlöst hat. Dank den Tausenden von Schwestern und Brüdern aus dem weiten deutschen Vaterlande und aus dem Auslande, die der bedrohten Heimat zu Hilfe eilten, die keine Mühe und Beschwerlichkeit scheuten, sich durch keine polnischen Schikanen abhalten ließen, bis sie das Opfer dargebracht hatten, das die Heimat von ihnen forderte; Dank aber auch allen guten und treuen

Heimatgenossen, die ihre Pflicht gegen Heimat und Vaterland erfüllt haben, Dank all den Männern und Frauen, die über ein Jahr lang die überaus schwierige Arbeit und Organisation des Kampfes ungeachtet aller Anfeindungen und Verunglimpfungen geleistet haben; Dank auch den vielen Heimatorganisationen im Reiche, dem Deutschen Schutzbunde, die die ungeheuer schwere Arbeit der Überführung aller Heimatgenossen geregelt haben. Was sie alle für die Ostmark und damit für das ganze Vaterland getan haben, das wird für alle Zeiten in der Geschichte unserer Heimat als ein Denkmal, dauernder als Erz, unauslöschlich eingeschrieben stehen. Und wir Masuren geloben, daß wir das Band, das sich in diesen Tagen zwischen uns und unseren Heimatgenossen draußen geknüpft hat, niemals wieder lockern wollen. Treue um Treue! Das soll ein Wort sein. Wenn sie nunmehr wieder ihre Schritte heimwärts lenken, so wissen wir, daß auch ihre Herzen höher schlugen, als sie hier in der alten Heimat die alte Liebe und Treue wiederfanden, und daß gar viele von ihnen mit Tränen in den Augen von uns wieder, vielleicht für immer scheiden. Das stolze Bewußtsein, mitgeholfen zu haben, daß es von nun an heißen wird: Masuren und Ermland auf ewig deutsch! wird ihnen auch die Erschwernisse der Heimreise erleichtern helfen. Und wenn sie dann heimgekehrt sind, „ein jeglicher in seine Stadt", dann mögen sie denen, die uns Ostpreußen bisher nur über die Schulter angesehen haben, erzählen von dem schönen Ostpreußen, von dem kerndeutschen Masuren- und Ermland, dann mögen sie das Gefühl der Zusammengehörigkeit im Leben und Sterben, des Zusammenhaltens auf Gedeih und Verderb hinaus tragen in alle deutschen Lande.

Bericht aus Allenstein

In geradezu vorbildlicher Weise halfen die Allensteiner Schülerinnen und Schüler während des Abstimmungskampfes 1920. Die Älteren von ihnen betreuten an den Schaltern der Meldestelle aus dem Westen des Reichs zur Stimmabgabe gekommene Landsleute. Diese erhielten hier die Quartiernachweise, Verpflegungsgutscheine für zehn Tage und Theaterkarten. Die jüngeren Schüler, die Zwölf- bis Vierzehnjährigen, warteten auf Bänken, um die Gäste in ihre Quartiere zu geleiten. Sie trugen ihnen die Koffer, übernahmen Botengänge und waren in jeder Weise eifrig darum bemüht, sich durch allerlei kleine Dienste nützlich zu machen. – Auch ein hübscher Zug aus jenen Tagen soll nicht verschwiegen werden: Die Meldestelle war Tag und Nacht geöffnet; tagsüber versahen Mädchen den Schalterdienst, in den Nachtstunden die Schüler der oberen Klassen. Als artige Kavaliere stellten sie den ablösenden „Kolleginnen" Rosen und Blumensträuße in mitgebrachten Vasen hin. Freilich wunderten sich manche Gartenbesitzer in der Umgebung, daß jeden Morgen ihre Blumenbeete etwas gerupft waren. Als sie aber die Ursache dieser nächtlichen Pflückaktion erfuhren, waren sie darüber nicht gram und schmunzelten verstehend ...



Deutsches Haus in Allenstein. Hauptquartier des Heimatdienstes während der Abstimmungswoche

Abstimmung in Treuburg

Einen Gedenktag haben wir Ostpreußen in diesem Jahr, der uns viel bedeutet. Am 11. Juli 1920, also vor 50 Jahren, war die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen. Nach dem bedingungslos unterzeichneten Vertrag von Versailles wurden, wie jeder weiß, große Teile unseres ostdeutschen Raumes ohne Volksabstimmung abgetreten. Für das ganze südliche Ostpreußen und vier westpreußische Kreise war eine Volksabstimmung vorgesehen. Nach der Behauptung der Polen, dieses Land wäre zu 70 bis 80 % polnisch, sah das Abstimmungsergebnis ganz anders aus: In Ostpreußen stimmten für Deutschland 97,86 %, für Polen 2,14 %; in Westpreußen stimmten für Deutschland 92,42 %, für Polen 7,58 %. Diese überwältigende Abstimmung für Deutschland war unter interalliierter Kontrolle zustande gekommen.

Das große Ereignis jener Tage, die nun fünfzig Jahre zurückliegen, hat sich meiner Erinnerung unauslöschlich eingeprägt. Ich stamme aus Treuburg, dem damaligen Marggrabowa, Kreis Oletzko. Die Stadt wurde nach der Abstimmung in Treuburg umgetauft. Ich war 1920 erst 13 Jahre alt, aber die Zeit der Abstimmung werde ich nie vergessen, es war das Erlebnis unserer Jugend. Schon in der Schule waren wir sehr eingehend über die Bedeutung dieser Abstimmung unterrichtet worden, denn unsere Lehrerinnen gehörten zu den Ausschüssen des „Ostdeutschen Heimatdienstes".

Der englische Major, der die Kontrolle bei uns übernahm, hielt, was er versprochen hatte, er ließ Unparteilichkeit und Gerechtigkeit walten. Als zu den Abstimmungstagen italienische Besatzungstruppen in unseren Kreis geschickt werden sollten, ließ er es nicht zu und verbürgte sich persönlich dafür, daß sich keinerlei Zwistigkeiten und Unruhen ereignen würden.

Unsere Stadt war von einer Festesfreude und erwartungsvollen Hochstimmung erfüllt, die ich nie wieder erlebt habe. Festausschüsse für Veranstaltungen, Ausschmückung, Unterbringung usw. wurden gebildet. Große Holztore, bunt gestrichen, mit Fahnen, Girlanden und vaterländischen Sprüchen wurden errichtet. Die Häuser prangten in Fahnen- und Girlandenschmuck. Birken und Tannen umsäumten die Straßen, als ginge man durch einen grünen Wald. Auf dem Kirchberg standen zum Empfang der Gäste Festbaracken bereit. Jeder war wohl mitbeteiligt, wir Mädchen und Jungen waren dabei, als die vielen Sonderzüge eintrafen. Wir halfen mit, die Gäste beim Ankommen zu verpflegen, führten sie in ihre Quartiere und waren voller Begeisterung zu jeder Hilfeleistung bereit. Alle Vereine der Stadt waren mit Konzerten, Gesang, turnerischen und sportlichen Vorführungen mit eingespannt. Eine Laientheatergruppe hatte sich gebildet, um die Gäste zu erfreuen. Es war eine Verbundenheit unter den Menschen zu spüren wie nie zuvor. Außer Verwandten, alten Freunden, wurden auch ganz Fremde wie Brüder und Schwestern nach langer Trennung empfangen und aufgenommen.

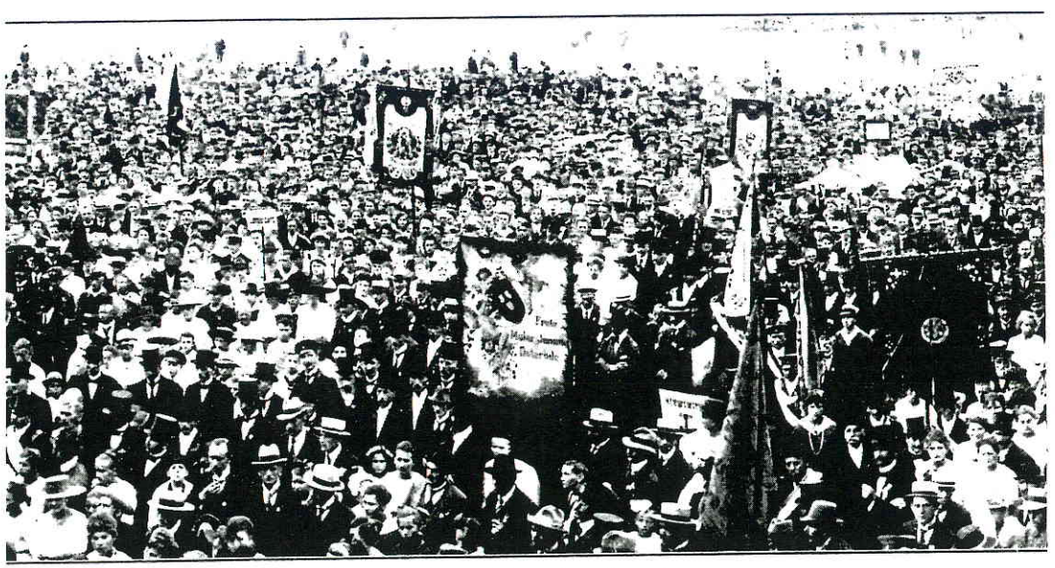
Als dann der 11. Juli herankam, war die erwartungsvolle Stimmung ungeheuer. Auf unserem großen Marktplatz, dem größten Europas, hatte sich eine vieltausendköpfige Menge angesammelt, um die Ergebnisse der Abstimmung zu erfahren. Unser Zeitungsverlag hatte an einem großen Erker seines Hauses auf einer Leinwand die Ergebnisse in Lichtbildern bekanntgegeben. Mit großem Jubel wurde das Ergebnis der einzelnen Bezirke begrüßt. Als dann das Schlußergebnis von Marggrabowa mitgeteilt wurde: „Keine einzige polnische Stimme", da kannte die Begeisterung keine Grenzen. Das Deutschland- und Preußenlied erklangen, und danach ertönte der Choral „Lobe den Herrn". Feierliche Stille darauf, denn jeder war sich des historischen Augenblicks bewußt.

Die Wogen der Begeisterung stiegen immer höher, als um Mitternacht das endgültige Abstimmungsergebnis des Kreises bekanntgegeben wurde: 28 625 Stimmen für Deutschland, 2 Stimmen für Polen – das beste Ergebnis von allen Kreisen! Da wußte man auch schon, daß das Ergebnis überall ähnlich gut gewesen war.

Ein Fackelzug setzte sich in Bewegung, ein großer Holzstoß auf dem Marktplatz wurde angezündet, und ein Feuerwerk beschloß den großen Tag.

Von Nordamerika nach Taberbrück

Vor 50 Jahren traf bei meinem Vater, der damals Oberförster in Taberbrück, Kreis Osterode, in Ostpreußen war, ein Brief aus Nordamerika ein, in dem die Absenderin etwa folgendes ausführte. Sie sei vor 72 Jahren in der Oberförsterei Taberbrück als Tochter unseres Vorgängers geboren und habe gehört, daß für den 11. Juli 1920 von den Siegermächten eine Abstimmung in ihrer alten ostpreußischen Heimat darüber angeordnet sei, ob sie deutsch bleiben oder polnisch werden wolle. Trotz ihres vorgeschrittenen Lebensalters empfände sie es als ihre selbstverständliche Pflicht, zusammen mit ihrer bei ihr lebenden und ebenfalls abstimmungsberechtigten Schwester gleichen Lebensalters die weite Reise zu unternehmen und ihre Stimme für Deutschland abzugeben; denn Ostpreußen sie niemals polnisch gewesen, und das müsse so bleiben. Ihren in Düsseldorf lebenden, 75 Jahre alten Bruder wolle sie mitbringen. Sie frage nun an, ob mein Vater die drei Geschwister in seinem Hause zur Abstimmungszeit aufzunehmen bereit sei, selbstverständlich gegen einen entsprechenden Pensionspreis.
Mein Vater antwortete zustimmend und lud die drei Geschwister als unsere Gäste ein. Er fügte hinzu, daß zum Beweise der Stimmberechtigung die Geburtsurkunden mitzubringen seien. Außerdem empfehle er, den Seeweg von Swinemünde nach Pillau zu benutzen, weil mit polnischen Schikanen auf der Eisenbahnfahrt durch den westpreußischen „Korridor" zu rechnen sei.
Und so kamen sie denn, die drei Geschwister Greulich, nach langer Reise über den Atlantik und über die Ostsee mehrere Tage vor der Abstimmung im Seehafen Pillau bei Königsberg an und trafen schließlich nach wenigen Stunden auf dem Bahnhof Osterode ein, von wo wir sie mit unserem Pferdegespann voller Freude abholten. Ich war recht neugierig, was wohl die Weitgereisten aus Amerika alles erzählen würden.



Deutscher Tag in Osterode · Festrede

In diesen Tagen füllten sich die Häuser mit zugereisten Abstimmungsberechtigten. Das letzte Bett und das letzte Sofa waren belegt. Alle deutschen Dialekte, vom bayerischen, rheinischen, berlinerischen bis zum schleswig-holsteinischen, waren vertreten und mischten sich mit dem gemütlichen ostpreußischen Platt. Man fühlte sich wie in einer großen Familie „zu Hause". Unsere deutsche Heimat durch Abstimmung deutsch zu erhalten, war allen so selbstverständlich wie das Amen in der Kirche. Wie zu einem großen Familienfest schien man sich versammelt zu haben. Ich, der ich damals ein 14jähriger Junge war, mußte natürlich wie meine Brüder mein Bett räumen. Endlich konnte man unbemerkt und fast vergessen in einer Dachkammer auf einem Strohsack oder in der Scheune mit unseren drei Hunden zusammen schlafen. Teckel und Terrier rollten sich geruhsam am Kopfende zusammen, der große Hühnerhund schmiegte sich beseligt an meine Seite. Für uns Jungen ein großes Vergnügen!
Und dann kam endlich der 11. Juli 1920. Wie zum Kirchgang zogen bei einem herrlichen Sonnenwetter die Wahlberechtigten gemessenen Schrittes und ihrer Verantwortung bewußt in die Abstimmungslokale. Und am Abend stand fest, daß unser Dorf überhaupt keine polnischen Stimmen hatte, die Stadt Osterode nur 17. Das ganze ostpreußische Abstimmungsgebiet wies nur 2,14 % aller abgegebenen Stimmen für Polen auf. Weder die Not des verlorenen Krieges, der Hunger und der Währungszerfall noch die gleißenden Versprechungen der Polen hatten die deutsche Volksgemeinschaft zu spalten vermocht.
Mit dem Stimmzettel wurde damals eindeutig unter der Kontrolle einer alliierten Kommission bewiesen, daß Ostpreußen immer deutsch war und auch bleiben würde, solange man seine Bewohner nicht mit Gewalt an der Ausübung ihres allen Völkern und Volksgruppen – auch und gerade heute – zugestandenen Selbstbestimmungsrechts hinderte.
Ergriffen und dankerfüllt stimmten wir alle damals in den Abendstunden des 11. Juli 1920 das niederländische Dankgebet an. Ganz Deutschland nahm mit seinen Segenswünschen daran teil. Wann werden wir vertriebenen Ostpreußen wieder für unsere Heimat abstimmen dürfen?

Hans holt Auguste nach der Abstimmung von der Bahn

Aber Hans fuhr doch! Mitten in der Nacht wurde er wach, denn das viele gute Essen von Hannas Geburtstagsfeier hatte ihm einen schweren Traum beschert. Er hatte Geistesgegenwart genug, um sich gleich auf die Füße zu stellen, damit er nicht wieder einschliefe. Leise schlüpfte er in seine Sonntagskleider und zur Tür hinaus. Unten schloß die Entenjette gerade die Tür auf.
„Was schadt Dir, Hans?" sagte sie.
„Ich muß Auguste abholen, ist der Milchmann schon weggefahren?"
„I wo, der fährt doch stracks von der Weide."
„Wo ist die Weide?"
„Nah' hinterm Dorfteich."
Hans wußte, wo der Dorfteich war, die Luft war kühl und taufrisch, und die schrägen Sonnenstrahlen gaben der Landschaft etwas Fremdes. Er sah die Herde von fern als dichten schwarzen Klumpen, denn die Kühe standen beim Melken nahe beieinander in einer Hürde. Tapfer stiefelte er die Trift entlang und setzte sich auf die unterste Stange der Schlippe. Warmer Dunst ging von den vielen Tieren aus und leise zischten die Milchstrahlen in die Eimer. Schwerfällig gingen die Frauen mit ihren Schemeln von Kuh zu Kuh. „Stoa, stoa, stoa" sagten sie, banden den Schwanz

des Tieres mit einem Bindfaden ans Hinterbein, legten die Stirn an die warme Flanke und „stripp, strapp, strull ist der Eimer vull". Die vollen Eimer wurden in die großen Blechkannen entleert, und als der Milchmann die ersten auf den Wagen hob, war er sehr erstaunt, als ein kleiner frierender Junge in zweifelhaft weißem Matrosenanzug auf dem Vorderbrett seines Gefährtes saß.
„Na, was schadt Dir, daß Du Nachtwächter spielst", sagte er zu Hans.
„Ich will mitfahren, unsere Auguste abholen."
„Na bangst Dich so?"
„Nein, bangen nicht, aber ich will die Eisenbahn sehen und will sehen, wie sie raus kommt."
„Denn man los", sagte der Milchmann, nahm die Pferdedecken ab und legte eine für sich und eine für den Jungen auf das Sitzbrett. Immer langsam voran, dachten die Milchpferde, und Hans wäre während der Fahrt beinahe wieder eingeschlafen. Sein Nachbar machte es nicht besser. Aber die kleinen Braunen wußten ihren Weg, und Autos fuhren hier zu so früher Stunde nicht. Die Sonne wurde wärmer und sie hielten schon eine ganze Weile an der kleinen Station, bis die beiden oben auf dem Wagen aus ihrer Dösigkeit erwachten. Der alte Mann stellte alle Kannen ans Bahngleise. Hans fand, daß sehr wenig zu sehen sei im Vergleich zu einem städtischen Bahnhof, aber das hatte er doch noch nie gehört, daß eine Eisenbahn mit laut bimmelnder Glocke angefahren kam. Langsam ging es an den Überwegen vorbei, ganz langsam hielt sie an. Augustes gutes Gesicht, beschattet von ihrem Sonntagsnachmittagsausgehhut, mit Kirschen garniert, sah aus dem Fenster.
„Herrjeschen, Hans mein Jung im feinen Staat, was ist mit Dir los?"
„Ich komm Dich bloß holen, Auguste."
„Weiß denn die Mutterchen davon?"
„Nö, keiner weiß", sagte Hans stolz, „bis wir wieder da sind, schlafen ja alle noch."
„Das ist ein Deftiger", sagte der Milchmann anerkennend und ließ sie beide aufsitzen, nachdem er seine Kannen in den Güterwagen gehoben hatte.
„Gestern war es aber schön", sagte Hans.
„So schön wie mein Gestern kann Dein Gestern nicht gewesen sein", sagte Auguste ganz träumerisch. „Ich weiß jetzt, was ein Pilgerzug in die Heimat ist und wie es einmal auf der Himmelswiese sein wird."
„Wo waren Sie bei der Abstimmung?" fragte der Milchmann.
„Ich bin in Lötzen geboren. Ganz draußen vor der Stadt hat mein Vater ein kleines Grundstück und nach der Zerstörung hat er es als Gärtnerei neu gebaut."
„So was Feines – und denn sind Sie Dienstmädchen?"
„In der Fluchtzeit dankte ich Gott, daß ich irgendwo unterkam und jetzt möchte ich nirgends anders hin."
„Auguste ist kein Dienstmädchen, Auguste ist Auguste, und die gibt es nur einmal", sagte Hans.
„Ach Hanschen, wenn Du mitgewesen wärst, mein Bruder hat ein Rosenhaus gebaut, das war rot voller Blüten, da haben wir gestern alle Rosen bis auf die Knospen abgeschnitten und nach der Abstimmung verteilt."
„Ist die Abstimmung denn so ähnlich wie Geburtstag?"
„Für die Masuren war es so, als ob sie neugeboren wären, als sie nun sicher wußten, daß sie wieder zum Vaterland gehören würden. Ich bin so froh, daß ich schon acht Tage vor der Abstimmung zu Hause war, denn das Schönste war es, dem Ankommen zuzusehen. Zu jedem Zug sind wir auf den Bahnhof gegangen, jedes Mal kam ein Verwandter, eine Schulfreundin oder eine alte Freundschaft von Vater und Mutter an. Viele von den Alten hatten einander schon ganz vergessen und erkannten sich erst wieder, wenn von alten Erinnerungen erzählt wurde. Wir übriggebliebenen Geschwister waren seit sieben Jahren zum ersten Male wieder zusammen, das neue Haus war uns noch ungewohnt, aber wir saßen unter unserem alten Kirschbaum und dachten an unsere beiden gefallenen Brüder. Uns zu Liebe hingen die Äste ganz schwer herunter voller schwarzer, glänzender Süßkirschen."

„Wir haben aber viele Erdbeeren gegessen, auf Deinem Nachttischchen steht auch ein Schälchen voll, damit sollst Du Dich erfrischen, wenn Du ankommst", sagt Mutter.
„Wie geht es meinem Fritzchen?"
„Na nu steigen se man hier ab, ich fahr in die Remise", unterbrach der Milchmann und hielt am Hoftor an, und leise, leise schlichen sich die beiden Reisenden ins Haus. Oben im Treppenhaus zog Auguste den Hans aus, er schlüpfte lautlos ins Bett, ohne jemanden zu wecken und lag mit einem tiefbefriedigten Seufzer bald in tiefstem Schlaf.
Auguste war in kurzer Zeit wieder im gewohnten Arbeitskleid, aber noch nicht in Arbeitsstimmung, ihr war noch immer so, als ob in ihrem Inneren Glocken klangen, die den Sieg des Bekenntnisses zum Deutschtum bejubelt hatten. Sie bangte sich auch ein wenig nach Hause. Als sie aber erst Fritzchen im Arm hielt, der mit lautem Jauchzen seine Händchen nach ihr ausstreckte, wußte sie wieder, daß in dieser Familie die Heimat ihres Herzens war.
„Dein Geburtstag, Hanna, der 11. Juli 1920, wird immer ein deutscher Feiertag bleiben", sagte Dr. Lamprecht, nachdem er am nächsten Morgen aus der Zeitung vorgelesen hatte, daß von jedem Hundert der masurischen Bevölkerung 98 für ihre Zugehörigkeit zu Deutschland und nur 2 für Polen gestimmt hatten. Die Kranken und Alten waren von ihren Mitbürgern zu den Abstimmungsurnen getragen oder gefahren worden, damit doch nur keine Stimme fehlen sollte. Auguste mußte den Kindern den ganzen Tag über erzählen, und besonders wollten sie immer wieder hören, wie es auf der Rückreise gewesen sei.
„Der ganze Tag war voll Glockenklang, Musik und Liedern, seit wir wußten, daß wir deutsch bleiben würden", sagte Auguste, „und mit Musik ging es auch zur Bahn."
Mit Handwagen und Schubkarren begleiteten die Verwandten und Freunde die Scharen der Abfahrenden, denn jeder wollte ihnen etwas mitgeben. Wir hatten ja auch nicht viel, aber mehr als oberwärts, wo die meisten hinfuhren, war bei uns doch noch da. Alle weinten fast, wenn sie daran dachten, daß nun die Wirtschaft mit den Brot- und Kartoffelkarten und mit Fleisch- und Fettabschnitten wieder losegehen sollte. Wir hatten unseren kleinen Gartenwagen hoch beladen, eine Tante nahm drei Hühner mit, eine Freundin einen Korb mit Eiern, mein Bruder hatte einem Freund ein Ferkelchen geschenkt, das aus einer Kiste, die mit Latten verschlagen war, erschreckt in all die Unruhe sah. Kleine Stückerchen Speck hatten wir überall zugepackt, auch Gurken und Kohlrabi beigelegt und obenauf standen Pappkästen mit Erdbeeren. Alles wurde in die Abteile gereicht, und auch die Vereinsdamen verteilten noch Liebesgaben und reichten Limonade und Suppe herum, der ganze Zug war mit Blumengirlanden und Fahnen geschmückt. Ich saß mit zwanzig Menschen in einem Wagen vierter Klasse, in der Mitte lag in großen Haufen das Gepäck, die Körbe und Kasten mit den lebenden Tieren obenauf. Wir sangen: „Nun ade, du mein lieb Heimatland!", und waren bald wie eine große Familie.
Entnommen aus „Hans und Hanna" – eine Geschichte von ostpreußischen Kindern für Erwachsene im Jahre 1920 von *Frieda Magnus-Unzer*.

„Dies Land bleibt deutsch!“

Auszüge aus der Ansprache des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Staatssekretär *Dr. Ottomar Schreiber*, bei der Gedenkfeier 1950 zum 30. Jahrestag der Abstimmung in Ost- und Westpreußen in Lübeck:

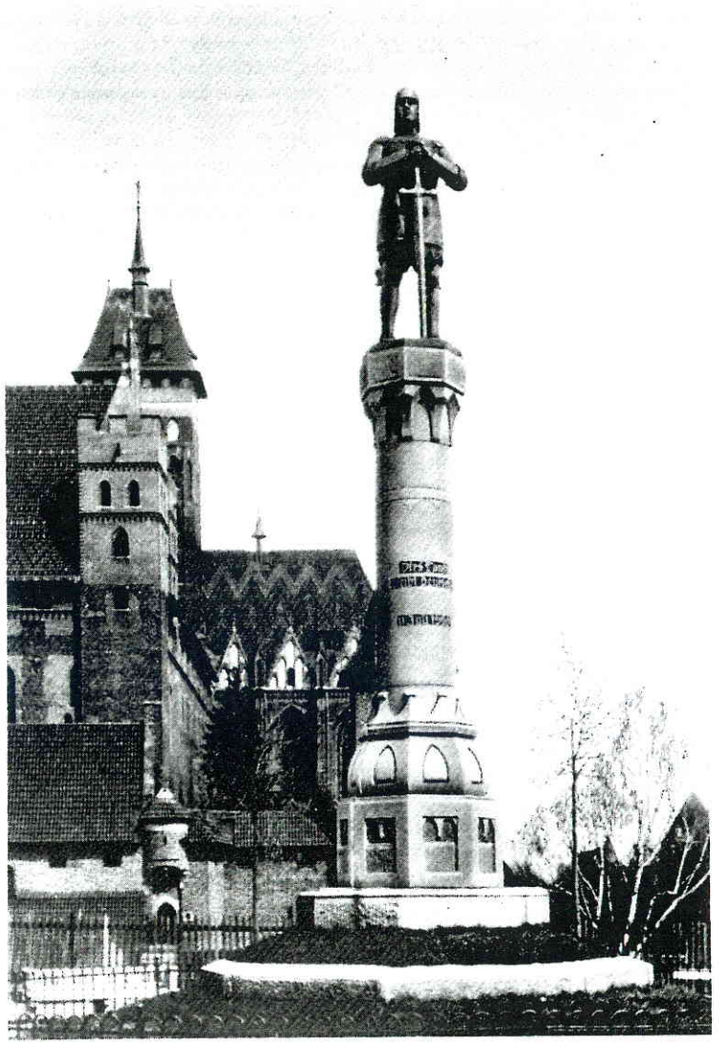
Als ich vor 30 Jahren vom Rhein nach meiner Geburtsstadt Marienburg fuhr und damals mit vielen anderen meine Stimme in die Urne legte, da war dieser Tag für mich ein Erlebnis; nicht deshalb, weil ich eine Pflicht erfüllte, die mir selbstverständlich war, sondern weil ich erleben durfte, daß diese gleiche Pflicht Zehntausenden von anderen ebenso selbstverständlich war. Und das Erlebnis dieses Tages war das Bewußtsein der Gemeinschaft, der gleichen Pflichterfüllung und der gleichen Pflichtauffassung. Es war das Erlebnis der Gemeinschaft im Bekenntnis zu unserem Lande und zu unserem Volke, das damals zerschlagen und zertreten war.

Die Frage, die der 30. Jahrestag dieses Ereignisses heute aufwirft, eine Frage, die zunächst an unser deutsches Volk geht, ist die, ob wir uns damals in der Voraussetzung einer größeren deutschen Gemeinschaft geirrt haben oder nicht. Die Frage dieser Stunde an die deutsche Gemeinschaft ist die, ob wir zu ihr gehören wollen, und zwar ganz und gar mit allen Rechten und mit allen Pflichten, oder ob man uns einer fast zwangsläufigen naturrechtlichen Entwicklung aussetzen will, die sich etwa so ausdrücken läßt, daß auf die Dauer, wenn eine Minderberechtigung praktisch geübt wird, auch das Gefühl einer Minderverpflichtung in dem Minderberechtigten wachsen muß. Wir haben die Entwicklung unseres Schicksals nach der Austreibung in geduldigen Jahren miterlebt und erst seit kurzer Zeit begonnen, sie mitzugestalten. Im Zuge dieser Entwicklung stehen wir in einem bedeutsamen Abschnitt. Wenn man die Krankheit, unter der unser Volk leidet, mit Worten kennzeichnen will, dann drängt sich immer wieder die Feststellung auf: Wir waren eine staatliche Gemeinschaft; wir wollen eine staatliche Gemeinschaft sein. Eine staatliche Gemeinschaft setzt voraus, daß die echten Bindungen der menschlichen Gemeinschaft lebendig sind. Die Entwicklung dieser letzten Jahrzehnte aber ist ein ununterbrochener Angriff auf die echten menschlichen Bindungen. Sie hat, nachdem die Bindung der Familie in langsamer Entwicklung schweren Gefahren ausgesetzt ist, eine wesentliche Bindung des Menschen, die an seine Heimat, jäh und brutal zerrissen, so daß heute die Frage aufgeworfen ist: Welche Bindungen, welche echten und lebendigen Bindungen stehen uns heute denn noch zur Verfügung, um die staatliche Gemeinschaft aufrechtzuerhalten? Und es kann nach meiner Meinung keine größere Sorge geben, als die zerrissenen Bindungen jeder Art aufs sorgfältigste wieder zu knüpfen und sie da, wo sie schwach werden, wieder zu stärken. Und diese Bindungen werden schwach, wo der Glaube der Vertriebenen an ein gemeinsames deutsches Schicksal gefährdet wird ...

Es wird sich an unserem Schicksal nach der Vertreibung entscheiden, ob das deutsche Volk eine Schicksalsgemeinschaft ist und bleiben will. Es wird sich aber mehr entscheiden an unserem Schicksal. Wir haben unsere Zukunft nicht auf Gewalt gestellt. Wir stellen unsere Zukunft auf den Glauben daran, daß, je mehr die Welt zu *einer* Welt zusammenwächst, um so mehr *Recht* der Maßstab für die Ordnung werden muß, und daß dieser Maßstab des Rechtes nur die Rechte des Menschen sein können, zu denen die ganze Welt sich in der feierlichsten und verpflichtendsten Form bekannt hat und bekennt.

Und wenn ich sage, daß unser Schicksal eine Wegemarke in dieser Entwicklung ist, dann meine ich das so: Wenn nicht die Welt sich dahin verständigt, daß an diesem unserem Schicksal die Herrschaft des Rechtes über die Macht, die Herrschaft der Menschenrechte über andere Machtbestrebungen zum Siege kommt, dann verzichtet sie auf die sittlichen Grundlagen, auf die sie ihre eigene Zukunft aufbauen will. Das heißt, wenn sie unsere Zukunft endgültig vernichtet, vernichtet sie damit die eigene Zukunft einer nach den Menschenrechten geordneten Welt.

Die Welt und das Völkerrecht kannten lange das Recht des Eroberers, und das Völkerrecht hat sich in den letzten Jahrzehnten ganz zielstrebig in der Richtung entwickelt, dieses Recht des Eroberers, wenn nicht ganz abzuschaffen, so doch einzuschränken. Es gibt Entwicklungen, durch



Marienburg, Abstimmungsdenkmal

die nachträglich die vollzogene Tatsache der Eroberung Recht werden kann, dann nämlich, wenn der Betroffene zustimmt, wenn der Betroffene den Einspruch unterläßt, und dann, wenn etwa durch Gewöhnung oder durch einen verjährungsähnlichen Vorgang die Übereinstimmung der Allgemeinheit den Rechtstitel des Eroberers anerkennt. Wir dürfen also nicht müde werden.

Wir müssen unsern Anspruch auf unser Eigentumsrecht immer wieder erheben, als ständige Bekundung unseres einmütigen Willens gegen den Willen des Eroberers.
Darum ist jede Zusammenkunft unserer Schicksalsgemeinschaft, die diesem Ziele dient, ein Baustein, der ein Fundament baut oder es doch gegen den Verfall sichert, auf dem, wie wir hoffen, die Entwicklung der Zukunft beruhen wird.
Ich weiß, es wäre vergebens, und niemand könnte diese Kräfte wieder zusammenfassen, wenn es nötig wäre, uns zur Einigkeit zu mahnen. Diese Einigkeit, die unter uns besteht, wollen wir bewahren. Wir wollen unablässig und unermüdlich nach unserem Recht rufen, und wir wollen glauben und vertrauen, daß der Wille zur Freiheit, der die freie Welt trägt, uns nicht ausschließen kann, wenn er sich nicht selbst aufgeben will.
Und so wollen wir auf Einigkeit und Recht und Freiheit unseren unerschütterlichen Glauben an die Zukunft aufbauen auch mit dem Erlebnis dieser Stunde. Und wir wollen in dem Gebet, das nun seit 30 Jahren die immer wieder gefährdeten ostdeutschen Menschen in den politischen Kundgebungen ihrer Heimat begleitet, in den Worten des Niederländischen Dankgebetes, all diesen Willen, all diesen Glauben, all dieses Vertrauen und alle unsere Liebe zusammenfassen in dem Lied und in dem letzten Aufschrei und Gebet: „Herr, mach uns frei!"

Ohne Recht kein Frieden

Aus der Rede des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, *Joachim Freiherr von Braun*, aus Anlaß der 50. Wiederkehr des Abstimmungstages im Jahre 1970 in der Ruhrlandhalle in Bochum.

„Warum veranstalten wir eigentlich diese Gedenkstunde?", so sei einleitend mit den Worten von Bundespräsident Heinemann gefragt. Auch seine Antwort dürfen wir uns zu eigen machen, die er am 14. März 1970 selber in Flensburg gab. Auch wir gedenken nämlich eines „hervorragenden Beispiels friedlicher, ja gewaltloser Konfliktregelung", das nun 50 Jahre zurückliegt. Selbstbewußt sollen wir sogar hinzufügen, daß die politische Willensentscheidung der in West- und Ostpreußen befragten Bürger weit eindrucksvoller und überzeugender bleibt, als dies in Schleswig der Fall war.
Dabei kommt es nicht auf die Abstimmungsergebnisse an. Wir halten es auch nicht für entscheidend, daß es in Schleswig um eine Fläche von 579 423 Hektar mit 301 845 Einwohnern ging, in Ost- und Westpreußen aber um rund 1,5 Millionen Hektar mit 741 184 Bewohnern. Der Rangunterschied zwischen beiden Volksabstimmungen ist vielmehr anders zu messen. In Schleswig sollte eine seit Generationen umstrittene Grenze mit dem Willen der Bevölkerung in Einklang gebracht werden. Im Osten aber hatten die Menschen eines Landes über ihre Zukunft zu bestimmen, dessen Grenzen seit Jahrhunderten Bestand hatten. Hier trafen preußisches Staatsdenken und ein polnischer Nationalismus aufeinander, der sich völkisch oder gar rassisch versteht, die Nation jedenfalls als biologische Einheit begreift.

Täuschungsmanöver

Nur deswegen waren Volkstumskarten willkürlicher Gestalt das agitatorische Mittel polnischer Emissäre gewesen, um den Siegermächten des Ersten Weltkrieges einzureden, wo eine angeblich polnische Bevölkerung von deutschem Joch zu befreien sei. Die Täuschungsmethode war gut erdacht; die westpreußischen Landsleute mußten damals erleben, daß die Mehrzahl ihrer Mitbürger unbefragt einem neuen Staate zudiktiert wurde. Die polnischen Karten unterstellten geschickt, daß Volkstum und politischer Wille der betroffenen Menschen gleichzusetzen seien. Diese These erwies sich überall dort als bloßer Trug, wo eine plebiszitäre Entscheidung der preußischen Bevölkerung eingeholt wurde. Der klassische Beweis dafür bleibt der Abstimmungssieg.
Darüber hinaus aber haben uns die Zwischenzeit und die Massenvertreibungen gelehrt, zu welchen Exzessen ein ethnischer Chauvinismus fähig ist. Beschämt denken wir an den ideologischen Rassismus, der eine deutsche Führungsclique zu Verbrechern machte. Vor Augen haben wir aber auch, daß ethnischer Nationalismus für die Volksrepublik Polen noch heute unveränderte Richtschnur blieb.
Die Massenvertreibungen aus dem östlichen Deutschland sind ein erschreckendes Zeugnis dafür, was ethnischer Fanatismus an Untat vermag. Angefügt sei, daß Polens eigene Volkstumskarten zynisch Lügen gestraft wurden, als man eine wehrlose Bevölkerung verjagte, deren angebliches Polentum bislang territoriale Ansprüche hatte begründen sollen.
Zu den letzten Opfern ethnischen Denkens sind soeben noch die polnischen Staatsbürger jüdischen Glaubens geworden. Wenn irgendwo die sittliche Pflicht besteht, dies zu verzeichnen und diesen Vertriebenen Beistand zu leisten, so gilt das für unser Land. Statt dessen wird darüber aus einem Unbehagen geschwiegen, das bereit ist, Verbrechen der eigenen Führung von einst wie eine Schuld aller Deutschen zu bekennen. Man wagt aber nicht mehr, ähnliches Denken und Tun anderer noch offen Unmenschlichkeit zu nennen.
Um so höher schätzen wir den Wert demokratischer Selbstbestimmung. Die friedenstiftende Kraft dieses Rechts wurde bei uns daheim wahrhaft bewiesen. Und wir haben zu Eingang dieser feierlichen Stunde bei der Verlesung einiger Grußworte wiedererlebt, wie ganz Deutschland vor 50 Jahren auf die Haltung seiner Preußen blickte.
Diese Anteilnahme von einst zwingt zum Vergleich mit dem Heute. Der Stolz auf die Vergangenheit nämlich entläßt uns nicht aus der Verpflichtung, die Gegenwart nüchtern zu sehen und trotzdem eine freiheitliche Zukunft Deutschlands und seiner Menschen mit friedlichen Mitteln anzustreben.

Staat wird zum Gespött

Mit allem Ernst ist von einer geistigen Entwicklung im eigenen Lande zu sprechen, die zu einer Haltung führte, der jener Abstimmungssieg von Marienwerder und Allenstein eher peinlich als bemerkenswert erscheint. Damals aber, unmittelbar nach dem Siege, galt er als das Zeichen einer neuen Zeit und als Zeugnis eines Gemeinsinns, der demokratischen Bürgern erst die Kraft gibt, mit der Erhaltung des Vaterlandes auch ihre eigenen Rechte und Freiheiten zu bewahren.
Dies Wissen um die Voraussetzung freiheitlichen Seins wollen Neunmalkluge den Deutschen – und nur diesen, sonst niemandem in der Welt – für überholt und unzeitgemäß erklären. Staatserhaltung, ja der Staat selbst wurde fast zum Gespött. Das Überleben in einer Welt von Staaten soll nicht mehr vom eigenen Lebenswillen abhängen, sondern wird von Hilfe oder Gnade fremder Mächte erhofft. Pflichten des Bürgers stempelte man zur Beeinträchtigung menschlicher Würde.
Dieses moderne Denken ohne Sinn für die überpersönliche Gemeinschaft der Bürger wurde letztlich zur Ursache, daß der Meinungsstreit um Weg und Ziel einer Deutschlandpolitik öffentlich zuerst einmal zwischen den ostdeutschen Landsmannschaften und gewissen Publizisten ausgetragen wurde, darunter mit manchen Herrschern der Massenmedien, die Spekulationen und Denkbilder für wesentlicher zu halten pflegen als Wirklichkeitssinn und historische Erfahrung. Ein verführerisches Berufsklima, das fern der Verantwortung für unmittelbare politische Entscheidung gedeiht, dies Klima verleitet zu wechselnden Ratschlägen. Wer Publizisten aber widerspricht, wird zweckmäßigerweise verschwiegen oder disqualifiziert.
So wurden die Ostdeutschen für Illusionisten und Romantiker erklärt, bis es wirksamer erschien, sie als „Revanchisten" und bewußter Friedensstörung zu verdächtigen.

Diese Auseinandersetzung war uns gewiß Last und Ärgernis genug, sie konnte aber getragen werden, weil wir uns einig wußten mit Parlament und Staatsführung. Beide versicherten uns stets, beharrlich für die Rechte Deutschlands und aller seiner Menschen zu stehen. Daraus war Vertrauen erwachsen.
Dies Bewußtsein, einem unbestrittenen Ziele aller zuzustreben, wird den Ostdeutschen jetzt wahrlich schwergemacht. Der Ablauf von 25 Jahren soll plötzlich genügen, um Grundsätze staatlicher Selbsterhaltung über Bord zu werfen. Anscheinend löst sich im modernen Denken der unausweichliche Zusammenhang von Frieden und Recht. Ein Denken leichtfertiger Phantasten also sucht nach Einfluß, das Frieden ohne Recht für möglich hält. Nicht gar so wenigestellen sich daher die besorgte Frage, ob denn der Lebenswille unseres Volkes nicht durch den furchtbaren Zusammenbruch, vielleicht aber durch einen unerwarteten Wohlstand tödlich getroffen wurde.
Diese Frage wäre unzulässig, wenn nicht versucht würde aufzuzeigen, wodurch eigentlich die Besorgnisse verursacht werden. Daß sie aber begründet sind, läßt sich an manchen Symptomen ablesen: Inzwischen werden – und dies geht uns unmittelbar an – Veranstaltungen ostdeutscher Mitbürger selbst dann als Belastung empfunden und gern gemieden, wenn sie dem feierlichen Gedenken wesentlicher Ereignisse deutscher Geschichte gewidmet sind. Sollte es wirklich sinnvoll sein, sich mit den vertriebenen Preußen gewissermaßen nicht mehr „unter den Linden sehen lassen zu wollen", und dies noch in einem Augenblick, der einen einigen Willen der Deutschen fordert?
Gerade diese Aufgabe aber wird von einer vieldeutigen Sprechweise verborgen. Sie hat es bereits schwergemacht, sich noch darüber zu verständigen, was denn eigentlich noch Deutschland ist, dessen Einheit und Freiheit vom ganzen Volke in freier Selbstbestimmung vollendet werden soll. Dies Verfassungsgebot verlöre seinen Sinn, wenn sich das Wort Deutschland zu einem abstrakten Gedanken verflüchtigt. Dieser Auflösung eines konkreten, ehrwürdigen und eminent politischen Begriffs dürften wir recht nahe sein, wenn Deutschland aus zwei Staaten bestehen soll, seine östlichen Teile aber überhaupt nicht mehr genannt werden ...

Staatsbürger sind Schicksalsgemeinschaft

Wohl wird uns versichert, daß Unrecht auch künftig Unrecht genannt und niemals anerkannt werde. Das ist gewiß das mindeste, was in einem Rechtsstaat gesagt werden muß. Nur sind die Worte politisch ohne Belang. Denn die Aufgabe der Staatsführung ist nicht die verbale Feststellung rechtswidriger Tatbestände, sondern das beharrliche Ringen um deren Beseitigung. Anderes wäre ein Rückzug aus der Politik.
Nirgends wie an dieser Nahtstelle zwischen Ethik und Politik kann so eindringlich deutlich werden, daß Staatstreue, Staatserhaltung und Selbstbestimmung unlösbar miteinander verquickt sind. Dies Wissen hat die Westpreußen und Ostpreußen vor 50 Jahren zu ihrem Abstimmungssieg geführt. Sie sind daher vor allen anderen Mitbürgern berufen, ihre warnende Stimme zu erheben: Verstehen sich die Staatsbürger nicht mehr als Glieder einer Schicksalsgemeinschaft, so würden alle Bürger morgen jedem Zugriff aber hilflos preisgegeben sein. Denn mit dem Verlust des Gemeinsinns würde auch das Recht auf Selbstbestimmung zur bloßen Fiktion.
Die Preußen werden daher außenpolitischer Resignation mit allen demokratischen Mitteln widerstehen. Das wird und muß ihnen jede Regierung danken, die den rechtmäßigen Interessen des Landes dienen will und damit den Menschen, für die sie Verantwortung trägt. Denn die Regierung bedarf des Staatswillens der Bürger, um fremden Mächten zu widerstehen und gerechten Frieden an die Stelle von Nicht-Krieg zu setzen.

Selbstbestimmung für Deutschland

Der Versailler Vertrag hatte außer in Ost- und Westpreußen auch im östlichen Oberschlesien und im nördlichen Schleswig-Holstein Volksabstimmungen vorgesehen. An Dänemark wurde dabei die nördliche Zone 1 mit deutlicher dänischer Mehrheit abgetreten. Der neue polnische Staat erhielt Ostoberschlesien mit dem größten Teil der Kohlevorkommen, obwohl im Abstimmungsgebiet nur vereinzelte polnische Mehrheiten zustande gekommen waren bei einem Gesamtergebnis, das mehrheitlich für den Verbleib bei Deutschland stimmte.
Zwar forderten die neuen Grenzen, die die Botschafterkonferenz in Paris nach den Abstimmungen festlegte, wegen der Abtrennung Ostoberschlesiens und wegen der Abschnürung Ostpreußens von der Weichsel als wichtigem Schiffahrtsweg den schärfsten Protest Deutschlands heraus und schlugen neue Wunden in den durch das Versailler Friedensdiktat amputierten deutschen Volkskörper. Aber die Tatsache der durchgeführten Volksabstimmungen erscheint uns aus heutiger Sicht bereits wie ein humanitärer Lichtblick. Neben dem zahlenmäßigen Ergebnis haben die Volksabstimmungen vor allem durch ihre Begleitumstände eine Breitenwirkung gehabt, die die Verfasser des Versailler Vertragstextes weder vorausgesehen noch gewünscht hatten.
In Ost- und Westpreußen unterlag es zwar nie einem Zweifel, daß das Abstimmungsergebnis eindeutig deutsch sein würde, wie auch immer die Propaganda gearbeitet hätte. Trotzdem ist es ein geschichtliches Verdienst derjenigen Männer und Frauen, die den Abstimmungskampf geleitet haben, daß in einer Zeit des Zusammenbruches, der Hoffnungslosigkeit und des Chaos deut-

Allenstein, O.-Pr. Abstimmungs-Denkmal

sche Menschen zu einem solch erhebenden Treuebekenntnis geführt worden sind. Wichtiger noch, weil über die Grenzen des Abstimmungsgebietes hinausreichend, erwies sich die auf polnischen Wunsch aufgenommene Bestimmung, daß auch ortsbürtige und inzwischen verzogene Ost- und Westpreußen, Schlesier und Schleswig-Holsteiner abstimmungsberechtigt waren. Die Mobilisierung dieser vielen hunderttausend Menschen rüttelte in einer großartigen Kettenreaktion das nationale Gewissen im übrigen Reichsgebiet wach und zeigte in einer Zeit der Demütigung und Verzweiflung durch den Hinweis auf die Bedrohung deutscher Provinzen ein konkretes nationales Ziel auf, ermunterte zum Handeln und wirkte so der sich ausbreitenden Lethargie entgegen.
Volksabstimmungen können sinnvoll sein in gemischt-nationalen Gebieten, wie sie nach der Jahrhundertwende an der deutsch-dänischen Grenze und in einzelnen Gebieten Ostoberschlesiens anzutreffen waren. Mit ihrer Ausdehnung auf rein deutsche Landstriche wie in Ostpreußen wurden die hehren Selbstbestimmungs-Prinzipien des amerikanischen Präsidenten Wilson bereits ihres eigentlichen Sinnes entleert. Am Ende des Zweiten Weltkrieges wurde selbst dieser Anschein rechtsstaatlichen Vorgehens nicht mehr gewahrt; nackte Gewalt trat an seine Stelle. Die Vertreibung aus jahrhundertelang angestammten Heimatgebieten, die Enteignung von Haus und Hof wurde zur Richtschnur des Handelns der Siegermächte und zum fürchterlichen Schicksal für über 11 Millionen Deutsche.
Diesen von der größten Völkerwanderung der Geschichte erfaßten Menschen und ihren Nachkommen wird bis heute die Selbstbestimmung darüber vorenthalten, wo und wie sie ihre räumliche und nationale Heimat zu gestalten wünschen. Auch die 17 Millionen Mitteldeutschen konnten niemals in freien Wahlen darüber entscheiden, unter welcher Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsform sie leben möchten. Dabei ist es bezeichnend für den Verfall an elementaren Grundrechten in Mitteleuropa, daß das Selbstbestimmungsrecht nicht nur aufgehoben wurde für die zahlreichen deutschen und sonstigen nationalen Minderheiten, die dank einer in früheren geschichtlichen Epochen gewachsenen Toleranz bis zur Mitte unseres Jahrhunderts für Ostmitteleuropa charakteristisch waren. Das Recht auf nationale Selbstbestimmung muß heute auch gefordert werden für ein ganzes Volk, wie es die Bundesregierung anläßlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages am 12. August 1970 in einem Brief an den sowjetischen Außenminister zum Ausdruck brachte und in dem sie feststellt,

> *„daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt".*

Ein Brief als einseitige Meinungsäußerung am Rande eines wichtigen und allein verbindlichen Vertrages – und keine internationale Organisation, die das natürliche Grundanliegen jedes Volkes auf ein Leben in Einheit und Freiheit auch für Deutschland sichtbar unterstützt. Auf der anderen Seite zahlreiche Resolutionen einzelner Staaten und nicht zuletzt der Vereinten Nationen, in denen die ethnischen und nationalen Belange vieler Bevölkerungsgruppen im Nahen Osten, in Afrika, in Südasien oder in Mittelamerika immer wieder zum Ausdruck kommen – dies ist Teil der internationalen Situation, in der wir heute stehen.
Aber für zagende Mutlosigkeit besteht kein Grund. Die so überzeugend durchgestandene Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen zeigt ein Ziel und zugleich den politischen Weg dorthin auf. In dieser doppelten Funktion liegt die heutige Bedeutung der vor 60 Jahren durchgeführten Abstimmung: sie ist Verpflichtung und Ansporn, mit Beharrlichkeit auch über Zeiten scheinbarer Verwirrung hinweg den Standpunkt des Rechts zu vertreten, und sie stellt zugleich ein demokratisches, mit den Grundsätzen der Charta der Heimatvertriebenen übereinstimmendes Mittel dar zur Einlösung der Forderung nach

Selbstbestimmung für Deutschland.

Rechtsverwahrung

Die Landsmannschaft Ostpreußen ist der Zusammenschluß der Ostpreußen und setzt Ostpreußen in seiner Gesamtheit und in seinen Stadt- und Landkreisen fort.
Das höchste Organ der Landsmannschaft Ostpreußen, die demokratisch gewählte Ostpreußische Landesvertretung, hat am 26. April 1980 folgende Erklärung verabschiedet:

I.

Ostpreußen ist ein Teil Deutschlands.
Weder die Sowjetunion noch die Volksrepublik Polen haben einen rechtlichen, historischen, moralischen oder wie auch immer gearteten Anspruch auf dieses seit Jahrhunderten rechtmäßig von Deutschen bewohnte und gestaltete Land.
Die faktische Annexion Ostpreußens durch die Sowjetunion und die Volksrepublik Polen ist ein Verstoß gegen das völkerrechtliche Annexionsverbot und steht im Widerspruch zu der Atlantic-Charta vom 14. August 1941. Sie ist auch durch die Verträge von Moskau und Warschau vom 12. August und 7. Dezember 1970 nicht rechtens geworden.
Die gewaltsame Vertreibung der einheimischen Bevölkerung Ostpreußens ist ein Verstoß gegen die allgemein anerkannten Grundsätze des Völkerrechts, wie sie bereits in der Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 ihren Niederschlag gefunden haben und in Art. 49 des „Genfer Abkommens über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten" vom 12. August 1949 ausdrücklich normiert worden sind. Sie ist auch ein schwerer Verstoß gegen die Grundsätze der Menschlichkeit, deren Achtung das Völkerrecht verlangt.
Die Aufrechterhaltung des Zustandes der Vertreibung ist eine grobe Verletzung der unveräußerlichen Menschenrechte. Zu diesen gehört das in der Völkerrechtsordnung anerkannte Selbstbestimmungsrecht der Völker und Volksgruppen, mit dem das Recht auf die Heimat untrennbar verbunden ist. Die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes und des Rechtes auf die Heimat verstößt u. a. gegen
die Atlantic-Charta vom 14. August 1941,
die Art. 1 und 55 der Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945,
die Art. 1 der beiden internationalen Menschenrechtskonventionen vom 19. Dezember 1966
und steht im Widerspruch zu
Art. 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948,
den Entschließungen der Vollversammlung der Vereinten Nationen über Kolonialismus und Selbstbestimmung vom 14. Dezember 1960 und über die völkerrechtlichen Prinzipien für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten vom 24. Oktober 1970,
dem Prinzip VII in Korb 1 der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975.

II.

Als die demokratisch gewählte Vertretung der vertriebenen Ostpreußen in der Bundesrepublik Deutschland und
in dem Bewußtsein ihrer Verantwortung für die über 100 000 noch in ihrer Heimat verbliebenen sowie die zum Schweigen verurteilten, nach ihrer Vertreibung in die „Deutsche Demokratische Republik" verschlagenen ostpreußischen Mitbürger,
in Verantwortung auch für die nächste Generation,
legt die Ostpreußische Landesvertretung gegen die faktische Annexion der angestammten, rechtmäßigen Heimat der Ostpreußen durch die Sowjetunion und die Volksrepublik Polen und die andauernde Vorenthaltung ihres Eigentums

Rechtsverwahrung

ein.

Sie erklärt, daß sie das ihnen und damit dem deutschen Volk durch willkürliche Gewalt angetane Unrecht nicht hinzunehmen bereit ist.
Sie fordert die Wiederherstellung des Rechts als der einzigen dauerhaften Grundlage für ein friedliches Miteinander der Völker.
Vor 60 Jahren, als Polen schon einmal Ansprüche auf Ostpreußen erhob, hat das Selbstbestimmungsrecht der Ostpreußen über diese unberechtigten Ansprüche gesiegt: Am 11. Juli 1920 war die Bevölkerung des südlichen Teils Ostpreußens aufgrund des Versailler Vertrages aufgerufen, unter internationaler Kontrolle in freier Abstimmung darüber zu entscheiden, ob ihre Heimat zu Deutschland oder zu Polen gehören sollte; 97,86 % stimmten für Deutschland und 2,14 % für Polen.
Die Gewährung dieses den Ostpreußen vor 60 Jahren zugestandenen und ausgeübten Selbstbestimmungsrechts fordern wir auch heute.
Die deutschen Heimatvertriebenen haben schon vor 30 Jahren in ihrer Charta vom 5. August 1950 feierlich auf Rache und Vergeltung verzichtet. Eingedenk des schweren Leids, welches Krieg und Gewalt in den letzten Jahrzehnten über die Menschheit, insbesondere auch die deutschen Heimatvertriebenen und ihre östlichen Nachbarvölker gebracht hat, bekennen wir Ostpreußen uns erneut zu diesem Verzicht. Gerade aber weil wir die Schrecknisse des Krieges, Gewalt und Vertreibung erlitten haben, fühlen wir uns besonders berufen, die Durchsetzung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts der Völker nicht nur für uns, aber **auch** für uns deutsche Heimatvertriebenen einzufordern.

III.

Den Völkern der Sowjetunion, dem polnischen Volk und den baltischen Völkern versichern wir unseren guten Willen, gemeinsam mit ihnen nach Wegen zu suchen, die auf der Grundlage des Rechts und des gegenseitigen Interessenausgleichs ein freundschaftliches Miteinander ermöglicht, das den Frieden gewährleistet und in dem die Idee der Freiheit und der Würde des Menschen verwirklicht ist.
Die Regierungen der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen fordern wir auf, entsprechend von verbindlichen Regeln des Völkerrechts und den von ihnen eingegangenen völkerrechtlichen Verpflichtungen den gegenwärtigen Unrechtszustand zu beenden und dem Recht, insbesondere den allgemeinen Menschenrechten und dem Selbstbestimmungsrecht, Geltung zu verschaffen und damit ihren Völkern den Weg frei zu machen, mit dem deutschen Volk in guter Nachbarschaft und echter, gleichberechtigter Partnerschaft zusammenleben zu können.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland fordern wir auf,

in Erfüllung der ihr durch das Grundgesetz aufgegebenen und durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 konkretisierten Verpflichtung, auf die Erreichung des Zieles der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands hinzuwirken, den Wiedervereinigungsanspruch im Inneren wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde,

gemäß ihrer Verantwortung, für alle Deutschen zu handeln, auf der Grundlage

des Art. 7 des Deutschlandsvertrages vom 26. Mai 1952,

der einstimmigen Entschließung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972,

des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 7. Juli 1975 zu den Verträgen von Moskau und Warschau,

der aufgeführten völkerrechtlichen Bestimmungen

auf die Erfüllung der von der Ostpreußischen Landesvertretung gestellten Forderungen nach Kräften hinzuwirken.

Abbildungsnachweis

Seite 7	Karte „Die Kreise der Abstimmungsgebiete". Aus: Selbstbestimmung für Ostdeutschland, Göttingen 1970, S. 6 (= Der Göttinger Arbeitskreis, Veröffentlichung Nr. 394).
Seite 10	Vorstand der Bezirksstelle Allenstein des „Ostdeutschen Heimatdienstes". Bilddokumente aus der Zeit der Abstimmung in Masuren und Ermland 1920, Hamburg 1980, S. 8.
Seite 15	Flugblatt zur Aufnahme der anreisenden Abstimmler. Sammlung Wendel.
Seite 17	Übergabe des Allensteiner Abstimmungsgebietes durch die Interalliierte Kommission. Bilddokumente, S. 45.
Seite 21	Deutscher Tag in Lyck. Bilddokumente, S. 40.
Seite 24	Deutsches Haus in Allenstein. Bilddokumente S. 13.
Seite 26	Deutscher Tag in Osterode. Bilddokumente, S. 26.
Seite 31	Abstimmungsdenkmal in Marienburg. Archiv Landsmannschaft Ostpreußen.
Seite 35	Inneres des Abstimmungsdenkmals in Alleinstein. Archiv Landsmannschaft Ostpreußen.
letzte Umschlagseite	Abstimmungsdenkmal in Allenstein. Archiv Landsmannschaft Ostpreußen.

Herausgegeben von der Landsmannschaft Ostpreußen, Parkallee 86, 2000 Hamburg 13

Zusammengestellt und bearbeitet von Ernst Weichbrodt.
1980.
Druck und Herstellung: C. W. Niemeyer, Hameln